

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Postämter,
sowie die Expedition,
Sophienstraße 101, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro 5spaltige Zeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Beizugsanfragen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 8

Stuttgart, den 23. Februar 1901

17. Jahrgang

Vertragsbruch und Streiks.

Der sogenannte freie Arbeitsvertrag ist eine der vielen Erfindungen der modernen Neuzeit. Ihr blieb es vorbehalten, das Schlagwort von dem angeblich „freien Arbeiter“ zu erfinden, der als vollberechtigter Bürger des Staates an den Rechten und dem Nuss der Gesellschaft Anteil nimmt und der nicht mehr das Hörigkeitsverhältnis der altertümlichen Vergangenheit kennt. Ja, das Zeitalter der Antike war grausam offen und kannte keine Verschleierung des tatsächlich Vorhandenen. Der Arbeiter von damals war Sklave, Hörigkeitsmensch, den die Arbeit erniedrigte, die er verrichtete als notwendiges Übel, weil sie nach dem Idealisten Plato die Grundlage für die Existenz eines großen und freien Volkes war, das der Sklave bedurfte, die die Erde bebauten und für die „Herren“ die Existenzmittel herbeischaffen halfen. Aber auch zur Zeit des christlichen Mittelalters lagen die Dinge noch nicht viel anders. Die für die Gesellschaft notwendigen und unentbehrliche Arbeit verrichtete der Sklave auch weiterhin und nur der Freie herrschte von „Rechtswegen“. Als aber die französische Revolution und die noch größere durch den Aufschwung der Industrie hervorgerufene Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiet eintrat, als die patriarchalischen Formen des Feudalismus für das Industriezeitalter nicht mehr paßten, wurden die alten Bande zerrissen, alle Menschen und damit auch die Arbeiter für „frei“ erklärt, die Worte Sklaverei und Leibeigenschaft ausgemerzt und an ihre Stelle das wohlklingende Wort „freie Arbeit“ gesetzt.

Aber auch die neue Ordnung hat Ueberreste des alten feudalen Zustandes vorgefunden. Die Freiheit der Arbeit war noch lange nicht garantiert. Sie ruht auch heute noch trotz aller gegenwärtigen Versicherungen enthusiastischer Lobredner der bürgerlichen Ordnung — im Schoße der Zukunft. Und wo die Arbeit nicht frei ist, kann naturgemäß auch der Arbeitsvertrag nicht frei sein. Was heißt denn ein Vertrag schließlich? Sowohl nach dem allgemeinen Sprachgebrauch als auch nach dem bürgerlichen Gesetz handelt es sich um den Abschluß eines Gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen zwei Theilen, von denen der eine etwas zu geben, der andere etwas zu halten, zu dulden oder zu gestatten einwilligt. Das Zustandekommen dieses Vertragsverhältnisses muß frei sein von jeder zwingenden oder hemmenden Einwirkung, so daß der bestimmende Wille der vertragsschließenden Parteien rein und unverfälscht zum Ausdruck kommt. Sind nun diese Voraussetzungen in der gegenwärtigen Gesellschaft vorhanden? Bei dem Umstand, als die soziale Lage, in der die Menschen leben, ihre Handlungen bestimmt, muß diese Frage von vornherein verneint werden. Der wirtschaftliche Druck, der auf Jedem lastet, und der insbesondere den wirtschaftlich Schwachen doppelt fühlbar wird, bestimmt in allen Fällen die Willensäußerungen des einzelnen Individuums, das sozusagen alle seine Handlungen unter dem Zwange der Nothwendigkeit vollführt. Bei dem Arbeiter wirken naturgemäß die sozialen Ursachen um so

stärker. Er geht in der Regel dann selbst in das für ihn ungünstigste Vertragsverhältnis ein, wenn er im Bewußtsein handelt, das Erreichen einer Arbeitsgelegenheit als günstigen Zufall preisen zu müssen, der ihn von der ungewissen Zukunft einer völligen Arbeitslosigkeit bewahrt. Er handelt also unter solchen Umständen auf jeden Fall unter einem gewissen unübersteiglichen Zwange, der das Zustandekommen eines freien Arbeitsvertrags vollkommen ausschließt.

Aber nichtdestoweniger ist dieser freie „Arbeitsvertrag“ heilig auf Grund des bürgerlichen Rechtes und der geltenden landläufigen Moral. Er kann allerdings gelöst werden, denn dafür leben wir im „modernen Rechtsstaat“, aber eben weil wir im modernen Rechtsstaat leben, deshalb darf der „freie Arbeitsvertrag“ auch nicht ohne die Erfüllung gewisser vereinbarter Formalitäten gebrochen werden. In der letztangedeuteten Richtung ist es bekanntlich eine landläufige Vorstellung, daß die von den Gewerkschaften entwickelte Agitation dazu führe, die Disziplin, die die im Vertragsverhältnis stehende Arbeiterschaft dem Unternehmer gegenüber einzuhalten hat, zu lockern, was deutlich gelegentlich von Streiks zum Ausdruck gekommen, die in der Regel einen Vertragsbruch in sich schließen. Das ist nun freilich eine Behauptung, die ebenso sehr der Prüfung auf ihre Stichhaltigkeit hin verdient, wie die gegen die gewerkschaftliche Organisation erhobenen Einwände überhaupt. Die von dem statistischen Reichsamt mit dem Jahre 1899 begründete amtliche Streikstatistik kann nun allerdings als ein solcher Prüffstein nicht angesehen werden, wie aus nachfolgenden kurzen Auseinandersetzungen klar hervorgeht.

Nach den amtlichen Erhebungen wurden im genannten Jahre unter 98 304 ermittelten Streikenden 27 610 Vertragsbrüche gezählt. Obwohl diese Zahl als immerhin minimal bezeichnet werden müßte, entspricht sie keineswegs den Tatsachen. Das statistische Reichsamt stützt sich mit seinem Material bekanntlich auf die Angaben der Polizeibehörden und das allein erklärt eigentlich schon alles. Wenn man nämlich weiß, wie die Polizei in manchen Orten in einem Streik schon das „Staatsverbrechen“ sieht, hinter dem die Hydra der Revolution lauert, dann können einem die Resultate der polizeilich-sozialpolitischen Erhebungen in den seltensten Fällen befriedigen, und so kommt es, daß eine Reihe von Fällen als Vertragsbruch verzeichnet werden, die es weder sind, noch durch ein ordentliches Gerichtsverfahren als solches bezeichnet wurden. Aus diesem Anlaß hatte auch nach der Zeit der genannten amtlichen Erhebungen die Redaktion des „Arbeitsmarkt“ die gewiß dankenswerthe Aufgabe übernommen, durch eine Privatenquête die amtlichen Angaben auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Obwohl sich auch diese Umfrage nur auf Stichproben stützt, ist sie nicht ganz werthlos. Sie hat vor Allem das Resultat gezeigt, daß die Zahl der durch die gewerkschaftlichen Aktionen begangenen Vertragsbrüche weit geringer ist, als wie sie die polizeiliche Statistik verzeichnet. „Der Arbeitsmarkt“ vom 1. Oktober vorigen Jahres sagt über dieses Ergebnis:

„Im Ganzen stellen die uns vorliegenden Antworten eine Stichprobe von 128 Fällen dar. In 30 Fällen wird von Arbeiterseite der Vertragsbruch bestritten oder doch bedeutend reduziert; gegen 3689 Vertragsbrüche der amtlichen Statistik werden hier nur 699 zugegeben. In 42 Fällen mit 4919 stimmen die Angaben mit der amtlichen Statistik überein. In 6 Fällen geben die Arbeiterorganisationen mehr Vertragsbrüche an, als die amtliche Statistik; diese 248, jene 342. In sämtlichen 128 Fällen zusammengekommen stehen den 8851 Vertragsbrüchen der amtlichen Statistik 5960 nach Angaben der Arbeiterorganisationen gegenüber. Man könnte demnach sagen, daß von den Vertragsbrüchen der amtlichen Statistik noch nicht zwei Drittel von beiden Seiten anerkannt und mehr als ein Drittel freitig ist.“

Gesetzt aber selbst den Fall, man hätte es bei Lohnkämpfen in der Mehrzahl aller vorkommenden Fälle mit Vertragsbrüchen zu thun, was würde das gegen die Streiks beweisen? Daß man es mit Verstoßen gegen die geltende Rechtsauffassung und gegen das bürgerliche Recht überhaupt zu thun hat. Nun ist aber jeder Lohnkampf ein Stück Klassenkrieg, und im Kriege entscheidet nicht das formale Recht; hier ist das Motiv der ausschlaggebende Moment, aus dem sich die Berechtigung und die Verwerflichkeit der unternommenen Schritte bezugieren läßt. Bei gewerkschaftlichen Kämpfen handelt es sich um eine selbst von bürgerlichen Gelehrten anerkannte Kulturaufgabe, um das Emporstreben und Mündigwerden der Arbeiterklasse, die sich aus niederen Lebensbedingungen zu einem höheren Kulturstandpunkt zu erheben bemüht. Bei diesem Streben ist es nun unvermeidlich, daß die einzelnen vertragschließenden Theile immer mehr dem Willen der Gesamtheit, der sie angehören, sich unterordnen, und daß sonach an Stelle des Einzel-Arbeitsvertrags immer mehr der Kollektiv-Arbeitsvertrag tritt. Das ist, wo sich die Interessen der Unternehmer- und Arbeiterkoalitionen gegenüberstehen, eine Erscheinung, die man begreift und der man schon im Interesse eines sozialen Friedens die Berechtigung nicht versagen darf. Wo das kollektive Empfinden das Einzelinteresse immer mehr verdrängt, dort ist die Festsetzung der Arbeitsbedingungen von und für die Gesamtheit einfach unumgänglich. Der Kollektiv-Arbeitsvertrag ist das notwendige Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung, die zur Zusammenfassung aller Kräfte drängt, die höhere Form des Arbeitsvertrags überhaupt, er wird neben vielen anderen auch das Ziel der gewerkschaftlichen Bewegung bilden müssen.

Fr. L.

Die Brotvertheuerung und die Arbeiterfamilien.

Gegenwärtig tobt im Reiche ein furchtbarer Kampf; auf der einen Seite steht die gesamte organisierte Industriearbeiterschaft Deutschlands, auf der anderen Seite die hochmögenden Herren von Ar und Halm: das agrarische Ausbeutertum, welches sich auch einen Theil der industriellen Unternehmer dienstbar gemacht

hat. Der Kampf, der geführt wird, dreht sich um die Vertheuerung unseres täglichen Brotes. Das Agrarierthum, wirtschaftlich bankrott und deshalb tollkühn, holt zu einem letzten Schläge aus: beim Abschluß der neuen Handelsverträge im Jahre 1903, die noch in diesem Jahre fertiggestellt werden, beabsichtigt es, den Getreidezoll ins Ungeheuerliche hinaufzutreiben.

Es wäre eine Thorheit, diese Frage als eine politische außerhalb des Bereichs unserer Erörterungen zu schieben. Sie ist im Gegenteil eine eminent wirtschaftliche, gewerkschaftliche. Hohe Getreidezölle bedeuten hohe Getreidepreise, hohe Brotpreise; theures Brot aber bedeutet Verschlechterung der Lebenshaltung des Haupt-Brotkonsumenten, der Arbeiterklasse. Vertheuerung unserer Lebenshaltung aber zwingt unsere Organisationen in aufreibende Lohnkämpfe hinein, die um so kostspieliger für die Gewerkschaften sind, als wir gegenwärtig am Beginn einer Krise stehen, die, so scheint es, Elend und Arbeitslosigkeit in noch nie dagewesenem Maße über die deutschen Arbeiter bringen wird. Deshalb ist die Frage des Getreidepreises eine wirtschaftliche und gewerkschaftliche Frage; die organisierte Arbeiterschaft hat sich gegen die Vertheuerung des täglichen Brotes zu wehren mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen.

Die Agrarier haben nicht bloß einen Theil der Ausbeute, sondern auch die Regierung auf ihrer Seite. Fraglich ist bloß die Höhe des Zolles, feststehend aber ist, daß mindestens eine Verdoppelung desselben eintreten wird. Heute bereits wird uns das Brot durch einen Getreidezoll von 3,50 Mk. pro Doppelzentner vertheuert; in Zukunft wird ein Getreidezoll für Weizen von 6,50 Mk. als Minimum erstrebt. Und die Reichsregierung ist bereit, darauf einzugehen.

Das heute jagende Junkertum will, kurz gesagt, daß der Weizen nicht unter 202,50 Mk. pro Tonne, der Roggen nicht unter 162,50 Mk. pro Tonne in Deutschland sinke. Erst da bleibe „ein bescheidener Gewinn“. So erklärte der Oberjuncker Graf Schwerin-Löwitz im preussischen Landesökonomikollegium als „Meinung der Landwirthe“. Dieser Getreidepreis aber bedeutet eine ungeheuerliche Hinausschraubung des deutschen Getreidepreises über den Weltmarktpreis des Getreides! Während alle Industriearbeiter der Welt ihr Brotgetreide, mit geringen Schwankungen, zu dem in London notirten Weltmarktpreis erhalten, müssen wir deutsche Arbeiter — um die geistig rüchstandige und wirtschaftlich reaktionäre stielbische Junkterklasse zu erhalten! — schon jetzt das Getreide über den Weltmarktpreis bezahlen und sollen uns in der Zukunft einen unerhörten wucherischen Aufschlag gefallen lassen.

Wie dadurch die Lage der Arbeiterklasse verelendet wird, werden wir sofort an unangreifbarem Material nachweisen.

Zunächst wird die Arbeiterfamilie beim Broteinkauf

ohnehin betrogen. In einem Laib Brot stecken vielerlei Einzelkosten. Vom Getreidepreis begonnen, über den Gewinn des Großmüllers und Großhändlers hinweg, durch die Hände der vielen Zwischenhändler bis zum kleinen Bäcker, macht unser Mehl und Brot eine fortgesetzte Vertheuerung durch, die steigt und fällt, je nach dem Steigen oder fallenden Getreidepreis. Diese Vertheuerung wird der Arbeiterfamilie verborgen durch Gewichtsverringerungen bei gleichbleibendem Preise des Brotes, oder durch veränderte Mischung von Roggen und Weizen. Eine brauchbare Statistik hat hierzu der Statistiker Hirschberg in Conrads „Jahrbüchern“ 1899 geliefert. Es betrug:

Jahr	der Roggenpreis pro 100 kg	der Roggen- brotpreis pro 1 kg	das Gewicht des 60 Pf.-Brottes
1887	12,09 Mk.	20,65 Pf.	2,42 kg
1891	21,12	31,66	1,58
1894	11,77	20,43	2,45
1898	14,63	25,15	1,99

Jede Vertheuerung des Getreidepreises vertheuert das Brot und verringert das Gewicht! So wird dann die Arbeiterbevölkerung gezwungen, da sie das vertheuerte und verringerte Brot nicht kaufen kann, Kartoffeln zu essen. Die wenig Nährstoff enthaltende Kartoffel wird zum Hauptnahrungsmittel der Arbeiterfamilien und schafft Krankheit und degenerierte Jugend. Dabei wird sicher auch eine Vertheuerung der Kartoffeln eintreten, sofern die Nachfrage stärker wird, und die Folge ist also dann, daß die Bevölkerung, um ihr Elend zu vergessen, dem Alkohol in vermehrtem Maße zuspricht. Ein bürgerlicher Sozialpolitiker, Alfred Grotjahn, schreibt in seinem Buche über: „Alkoholismus, nach Wesen, Wirkung und Verbreitung“:

„Bei sinkender Volksernährung stellen sich Branntwein und Kaffee als regelmäßige Begleiter der Mahlzeiten ein. Der Schnaps wirkt hier um so bedäuerlicher, als er ja in unterernährten Organismen seine Wirksamkeit entfaltet und schlecht genährte Trinker ungleich schneller trunksüchtig werden als Personen, welche sich zugleich kräftig ernähren.“

Und der Geheimre Sanitätsrath Dr. Baer fügt dem hinzu:

„Die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit guten und billigen Lebensmitteln ist eine dankenswerte Aufgabe, die die Gesellschaft noch zu lösen hat. Durch sie würde die physische Gesundheit, die Arbeitsfähigkeit und die Lebensdauer der arbeitenden Klassen gesteigert und ein großer Theil der Trunksucht beseitigt, die aus Mangel an geeigneten Nahrungsmitteln entsteht.“

Was schert sich das heute hungrige Junkertum an die Einwände der Wissenschaft! Dieses hochmüthige Herrentum wettet zwar über die „Trunksucht der Massen“ und läßt fromme Traktätschen gegen den „Schnapssteufler“ vertheilen, aber es macht sich kein Gewissen daraus, im Interesse seines Geldbeutels, durch

Erhöhung der Zölle Hunderttausende in ein Elend und eine Verwerflichkeit zu treiben, in welcher der Masse der Schnaps als der einzige Tröster erscheinen muß. Auch die Tuberkulose wird in den Reihen eines derart im Klasseninteresse der agrarischen Ausbeuter begüterten Volkes ihre reiche Ernte halten. Besser wie lange Ausführungen zeigt dies ein Sachverständigenurtheil, dasjenige des ärztlichen Statistikers der Gothaer Lebensversicherungsbank Dr. Gollmer, in Nr. 41 der Zeitschrift „Nation“. Er sagt:

„Von sämmtlichen Faktoren, die bei der Prophylaxe gegen die Lungenschwind sucht als Volksleide in Betracht kommen, ist die Versorgung der wenig bemittelten und armen Volksklassen mit reichlichen, kräftigen und dabei billigen Ernährungsmitteln bei weitem das Wichtigste. Und die Frage, wie sich eine solche Versorgung ermöglichen läßt, ist die dringendste Aufgabe, mit deren Lösung sich Alle beschäftigen sollten, denen eine Hebung des Volkswohls durch Minderung der Tuberkulose am Herzen liegt.“

Man kann demnach sagen, daß das Streben des agrarischen Ausbeuterthums nach Erhöhung der Getreidezölle ein Verbrechen am Volke ist, welches, vollendet, sich niemals wieder wird gut machen lassen.

Aus den Zeiten der großen englischen Arbeiterkämpfe, die uns Engels in seinem Werke: „Zur Lage der arbeitenden Klassen in England“ schildert, wissen wir, wie mit der Steigerung der Lebensmittelpreise auch die Zahl der Verbrechen und Vergehen sich gesteigert hat. Gerade jene entsetzlichen Erfahrungen, die man in England im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts gemacht hat, haben die englische Gesetzgebung veranlaßt, nicht bloß die heute gültigen Fabrikgesetze zu schaffen, sondern auch die Wege zu ebnen für jene Wirtschaftspolitik, die England unter allen Umständen billige Lebensmittel sichert. Auch bei uns steigt und fällt die Zahl der Vergehen und Verbrechen mit dem Steigen und Fallen des Brotpreises. Jede Brotpreissteigerung schafft mehr Diebe und füllt die Gefängnisse! In nachfolgender Tabelle stellen wir die in verschiedenen Jahren in Berlin notirten Roggenpreise mit der Zahl der wegen Diebstahls Verurtheilten nebeneinander. Sie beweist alles, was wir oben gesagt haben.

Jahr	1000 Rlogr. Roggen in Berlin	Wegen Diebstahls verurtheilt in Berlin
1882	152,3 Mk.	103 050
1888	134,6	84 377
1890	170,0	92 725
1892	176,3	109 195
1894	117,8	95 459
1898	146,3	97 201

Was sagt diese Statistik? Die Habgier der Klassenherrschaft schafft selbst Diebe und Verbrecher, deren Vorhandensein sie hernach der „Entfittlichung“ des Volkes zuschiebt.

Arbeitendes Volk, wehr' dich! Bereits steigt die Krise herauf. Wir haben zu kämpfen und zu arbeiten,

Der Mehner-Michel.

Eine Prophanlegende aus Tyrol.

Nacherzählt von Otto Julius Bierbaum.

(Schluß.)

Michel war mit den fünfhundert Gulden diesmal schneller fertig als vorher mit den dreihundert. Er hatte sich's eigentlich so gedacht, daß sie bis zu dem Termin der Rückzahlung reichen sollten, aber die Lade war schon leer, als Hochwürden es eben erst an der Zeit hielt, mit Mahnen zu beginnen. „Jesse, der Pfaff jagt schon an!“ dachte sich Michel und überlegte, wie diesen lästigen Besuch der Geistlichkeit am besten zu begegnen sei. Er sann nicht lange, da hatte er's auch schon. Und er enthielt seinen Plan seiner Frau Moisia. Der aber war so: Er, Michel, lege sich jetzt ins Bett und sei todt (Moisia erschrak, Michel lächelte). Mit recht todt. Bloss für Hochwürden. Also: Er, Michel, sei von einem Baum erschlagen und todt. Sie, Moisia, solle schleunigst Weihwasserbeden und Kerzen richten und Hochwürden rufen. Verstehst dich: mit Gespär! Dann aber, wenn Hochwürden gekommen sei, solle sie ihm bloß immer sagen: „Wenn i lei“ das Pfeiferl fänd, das Pfeiferl fänd!“ Was für ein Pfeiferl? würde Hochwürden fragen. Und nun solle sie ihm erzählen, daß das eine Pfeife sei, die Michel von einer alten weisen Frau bekommen hätte, und mit der man Todte ins Leben zurückrufen könnte. Diese Pfeife nun, ein ganz gewöhnliches Ding, wie man sie beim Kramer für einen Kreuzer kriegte, steckte er sich ins Bett, daß es recht so aussähe, als wäre sie ihm gar kostbar. Dort

solle sie Moisia schließlich finden, und was dann geschähe, werde sie schon sehen.

Moisia that, wie ihr gesagt, denn sie war eine fromme Hausfrau, die wohl wußte, was Hochwürden den Weibern predigte: Er soll euer Herr sein, euer Mann! Und sie plärte den Pfarrer so erschrecklich an, daß er in seinen Kestnühl zurückfiel. Als er aber zu sich kam, rief er bloß: „Jetzt isch mei Geld an hin! Hin isch! Hin isch!“ Nun fing aber Moisia vom Pfeiferl an. Und suchte und suchte und erzählte dabei, was nöthig war. Hochwürden fand die Sache zwar hebenlich, ja unchristlich gar — aber: wenn das Pfeiferl wirklich . . . ? Die fünfhundert Gulden bloß so mit einem Pfiff wieder lebendig zu machen! „Sucht's Pfeiferl! Sucht's Pfeiferl!“ Endlich fand's Moisia im Bette. „Gebt's her, 's Pfeiferl!“ Und Hochwürden pfiff. Jesus, Maria und Joseph! Der Michel reißt die Augen auf! „Michel, wie schaut's im Jenseits aus?“ „Schredli, Hochwürden, schredli!“ „Was siehst denn?“ „Schredli, Hochwürden, die geistlichen Herrn brat'n allesamt in an Schmalzriegel.“ „Warum braten's denn?“ „Weils Binsen g'nomme ha'n und alles glei einforbern. Hui, sie brüllen wie Dösen!“ „Ich derlaß Dir d' Binsen. Brauchschst lei das Kapital z' geb'n und erst im Spätjahr!“ „Ja so! Wecht mir no wöll auf!“ Und Hochwürden pfiff wie die Weinwächter Nachts in den Weinbergen. Da sprang auch Michel wirklich gesund aus dem Bette, und Alle waren recht froh.

Hochwürden aber mußte oft an die Pfeife denken. Seine alte Häuserin behandelte ihn gerade um diese Zeit besonders schlecht. Was sie ihm Mittags vorsetzte,

war schon gekochte Rastelung. Und dazu ein ewiges Geleif, gerade als wenn sie verheiratet wären.

Und Hochwürden litt so sehr, daß er auf einen recht bösen Gedanken kam. Er dachte sich: Fortschicken kann ich die Alte aus allerlei Gründen nicht, aber los sein möchte ich sie schon. Wie wär's, wenn ich sie bei Seite brächte? Es wäre jedenfalls zu versuchen, ob ich nicht besser bekomme, wenn ich mir selber toche. Hab' ich Michels Pfeiferl, so kann ich sie ja veruchswiese todschlagen. Stellt sich's dann heraus, daß ich noch schlechter toche, pfeif ich sie wieder lebendig. Und so tief hatte sich diese unchristliche Idee in ihn eingefressen, daß er Michel die Pfeife für tausend Gulden abkaufte.

Eine steinharte Polenta brach der alten Pfarr-Theresen den Hals. Hochwürden warf sie ihr an den Kopf und sie war todt.

Nun konnte Hochwürden selber tochen. Er nahm dreimal so viel Butter und sparte nicht im Hühnerhof, aber er mußte sich doch sagen, daß vergleichsweise die Alte eine Künstlerin am Herde gewesen war. So zog er sie aus der Waschküche heraus, in die er sie gesteckt hatte, und gedachte mit einem Gefühl von Wehmuth, sie wieder lebendig zu pfeifen. Aber die alte Theres blieb, so schluchzend Hochwürden trillerte, so todt wie ein Glotenschwengel.

Da erfasste Born und Entsetzen den Pfarrer. Er rannte ins Mehnerhaus und schrie: „Erst hast Du mich zum Würder gemacht, faktischer Töfel, nun sollst Du wenigstens vor mir zur Hölle fahren!“ Sprach's, nahm einen Saß, steckte Michel hinein und ging, den Saß auf dem Buckel, hinaus, dem Flusse zu. Aber, wie er mitten auf dem Wege war, spürte er, wußte er, daß die Anstrengung des Tragens, das Bedürfnis, sich einer

um unseren Familien Knapp das zu erringen, dessen sie zum Leben bedürfen. Werden nun die deutschen Arbeiter noch belastet mit hohen Getreidepreisen bei sinkendem Verdienst und verringerter Arbeitsgelegenheit, so droht den Arbeiterfamilien der Ruin! Dann wird die Ziffer der Auswanderung wieder ins Riesengroße anschwellen. Bereits machen sich Anzeichen geltend, daß unsere Exportindustrie den Weltmarkt verliert. Ein richtiges Wort, welches seiner Zeit der Reichskanzler Caprivi aussprach, lautet: „Wir müssen entweder Waaren oder Menschen exportieren!“ Siegt in Deutschland die Junkerhagbier, dann wehe der Zukunft unseres Volkes!

Die Frage des Preises der Lebensmittel ist eine wirtschaftliche, eine gewerkschaftliche Frage. Die Höhe des Lebensmittelpreises bestimmt darüber, ob der Arbeiter kampffähig bleibt in dem Ringen um die günstigste Art des Verkaufs seiner Arbeitskraft. Hohe Lebensmittelpreise lassen nichts mehr übrig für die gewerkschaftliche Organisation und den Klassenkampf, die Vorbedingung für eine dauernde Besserung der Lage der Arbeiter. Und deshalb sagen wir: Kampf gegen die arbeiterfeindlichen Brotwucherer im Interesse des organisierten Proletariats und der Proletarierfamilien! X. Y. Z.

Rechenschaftsbericht der Generalkommission

vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900.

Bisher ist seitens der Generalkommission, abgesehen von kurzen Berichten, welche dem Gewerkschaftsausschuß regelmäßig erstattet wurden, nur für den Gewerkschaftskongreß ein Bericht gegeben worden. Nunmehr hat die Kommission unter Zustimmung des Gewerkschaftsausschusses beschlossen, alljährlich einen kurzen Bericht und die Abrechnung an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Der diesmalige Bericht erstreckt sich auf die Zeit von 1 $\frac{1}{4}$ Jahren. Er wird, wie auch die späteren Berichte, nur in kurzen Zügen eine Uebersicht über die wichtigsten Vorkommnisse, an welchen die Generalkommission beteiligt war, sowie die hauptsächlichsten Beschlüsse und getroffenen Maßnahmen schildern.

Von dem letzten Gewerkschaftskongreß ist zwar beschlossen, daß von der Generalkommission ein Jahresbericht herausgegeben werden soll, „welcher als Handbuch für alle wichtigen Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben den den Gewerkschaftsbeamten, Redakteuren, Rednern, wie von allen Mitgliedern und sonstigen Interessenten benutzt werden kann“. Die Herausgabe eines solchen Berichts soll aber nur erfolgen, wenn der Generalkommission Mittel und Kräfte zur Verfügung stehen. Sie muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch hinausgeschoben werden und müssen wir uns vorläufig damit begnügen, in einem kurzen Jahresbericht die wichtigsten Mitteilungen über die Tätigkeit der Generalkommission zu machen.

drückenden Last zu entledigen, aber nicht der auf dem Rücken. Wäre er ein großer Bauer gewesen, so hätte er nicht viel Umstände gemacht und was zu thun war, gleich am Wege getan. So, als ein Hochwürden, begab er sich zu diesem Zwecke abseits, tief ins Gesträube, legte aber den Sack auf dem Wege nieder.

Nun kam aber, während Hochwürden ferne im Gesträube saß, ein wälscher Schweinereiber des Weges. Der sah, wie dort im Sack sich was hin und her wand. „Ich war in Sack?“ fragte er. „Jo, ich bin's, der Wegner-Michel!“ „Was tust du so fern?“ „Ich laß mich in' Himmel 'nein trag'n vom Pfarrer.“ „In Himmel 'nein?“ „Ja, in Himmel 'nein. Aber i mag net.“ „Warum denn net?“ „Weil i noch jung bin und a Erbschaft gemacht hab. Sonst mecht' i schon, denn im Himmel isch's herrli scheen!“ Nun aber war der wälsche Schweinereiber ein armer alter Mann, der keine Erbschaft gemacht und auch keine in Aussicht hatte. So sagte er: „Per dio! Geh, laß mi' statt Deiner in den Sack eini schliefen. I lass' mi' recht gern in' Himmel 'nein tragen.“ „Geh schon gut! Mach! Gil Di! Knipfel den Strick auf! Schlief eini!“ Der wälsche Schweinereiber that's. Michel sprang heraus, lachte ins Gesträube und trieb die Schweine, drei große und sieben Ferkel, nach dem Hause zu. Der Pfarrer aber, leicht und froh, nahm den Sack, trug ihn zum Flusse, warf ihn hinein und rief: „So, rinn in b' Hell'n, du satirischer Luffel!“

Dann ging er, ein Maul voll Wein im Rößl nehmen, und dann heim.

Da saß Michel zwischen seinen Schweinen im Hof und sang sich ein lustiges Lied.

Allgemeines.

Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß konnte berichtet werden, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 277 659 im Jahre 1891 auf 491 955 im Jahre 1898 gestiegen ist. Auch während der seit dem letzten Gewerkschaftskongreß verstrichenen Zeit ist eine weitere Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Nach der von der Generalkommission für 1899 aufgenommenen Statistik hatten die gewerkschaftlichen Zentralverbände 580 473 Mitglieder (darunter 19 280 weibliche). Das ist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 89 100 Mitgliedern. Soweit sich zur Zeit eine Uebersicht gewinnen läßt, ist zu konstatieren, daß auch im Jahre 1900 die Zunahme an Mitgliedern angehalten hat, obgleich in einzelnen Gewerben sich eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit zeigte, welche, wie die Erfahrung lehrt, mit einem Rückgang in der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verbunden zu sein pflegt. Unter der Voraussetzung eintretenden ungünstigen Wirtschaftsjunktur wird es sich erweisen, ob die Gewerkschaften innere Festigkeit genug erlangt haben, um die Mitglieder bei der Organisation zu erhalten. Sicherlich werden sie den Rückgang, wie er sich in den Jahren 1891 bis 1893 zeigte, nicht wieder zu erleiden haben. Jedoch wird es notwendig sein, durch eifrige Agitation vorzubeugen, daß ein allzu großer Verlust an Mitgliedern eintritt.

Diese Agitation gestaltete sich bei dem Zusammenhalt, welcher unter den gewerkschaftlichen Zentralverbänden besteht, wesentlich leichter als vor einem Jahrzehnt. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir die bedeutenden Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung zum nicht geringen Theile auf dieses gemeinsame Wirken und Hand-in-Handarbeiten der Gewerkschaften zurückführen.

Am 16. November 1900 waren zehn Jahre verflossen, seitdem die Gewerkschaften sich durch Einsetzung der Generalkommission eine gemeinsame Zentralstelle geschaffen haben. Anfangs waren nur wenige Organisationen der Kommission angeschlossen, resp. leisteten für diese regelmäßige Beiträge. Von Jahr zu Jahr nahm diese Beitragsleistung zu. Es ergibt sich aus dieser Steigerung der Beiträge aber nicht nur die Thatsache, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände sich in größerer Zahl der Generalkommission angeschlossen haben, sondern es wird dadurch auch bewiesen, daß die Beitragsleistung in den Gewerkschaften selbst eine regelmäßiger geworden ist. Die an die Generalkommission zu leistenden Quartalsbeiträge (von 1892 bis 1896 5 Pf., von da ab 3 Pf. pro Quartal und Mitglied) werden nicht nach der Zahl der Listenmitglieder, sondern nach der Summe der thatsächlich in den einzelnen Verbänden geleisteten Beiträge berechnet. Die Mehrleistung an Quartalsbeiträgen ist also der Nachweis für eine Stärkung der Finanzkraft der einzelnen Gewerkschaften. Wie bedeutend sich die Beitragsleistung gesteigert hat, zeigen die folgenden Zahlen. Von 1890 bis 1892 hatte

die Generalkommission pro Halbjahr eine Einnahme an Quartalsbeiträgen von 2160 Mk., von 1892 bis 1896 pro Halbjahr 11 586 Mk., von 1896 bis 1899 pro Halbjahr 19 278 Mk., im ersten Halbjahr 1900 25 277 Mk., im zweiten Halbjahr 1900 35 767 Mk. Durch diese Mehreinnahme ist nicht nur die Generalkommission in die Lage versetzt, mehr im Interesse der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung zu thun, sondern es ergibt sich auch aus derselben, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände in inniger Gemeinschaft alle gemeinsamen Angelegenheiten zu erledigen bestrebt sind. Heute sind alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verbände der Generalkommission angeschlossen und zahlen regelmäßig ihre Beiträge.

Dieser Einmütigkeit ist es auch zu danken, daß die Agitation gegen das Zuchtengesetz so erfolgreich betrieben werden konnte, wie gesehen. Die Vorbereitungen für die Agitation gegen das Gesetz waren getroffen, als dieses am 6. Juni 1899 dem Reichstag vorgelegt wurde.

Es waren 60 Agitationsbegüter vorgeesehen, zu welchen 3252 Orte mit über 2000 Einwohnern gehörten. In 973 dieser Orte waren Verbindungsadressen für die Flugblattverbreitung vorhanden. In den Vororten, in welchen die Einrichtungen für Drucklegung des herausgegebenen Flugblattes vorhanden waren, wurden die Flugblätter auf von Hamburg versandten Platten gedruckt. Es wurden auf diese Weise in 33 Vororten 2 755 000 Flugblätter hergestellt. Von Hamburg aus wurden nach 26 Vororten und 15 einzelnen Orten 663 700 Flugblätter versandt, so daß insgesamt circa 3 500 000 Flugblätter zur Verbreitung gelangten.

In allen Orten, in welchen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden waren, fanden Protestversammlungen statt. In Folge dieser Bewegung bereitete der Reichstag, wenn auch erst am 20. November 1899, dem Zuchtengesetz ein klägliches Ende. Kurz vorher war den Reichstagsabgeordneten noch seitens der Generalkommission eine Denkschrift über die Streiks und Streikvergehen übermittelte worden.

Gewiß, die Agitation erforderte eine bedeutende Ausgabe. Es wurden seitens der Generalkommission 23 279 Mk. aufgewandt. Rechnen wir dazu die 5996 Mk. für die gleichfalls dieser Agitation dienende Schrift: „Das Koalitionsrecht in Theorie und Praxis“, sowie die Ausgaben für lokale Agitation, so ergibt sich, daß der Protest gegen die Zuchtensvorsorge den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern mindestens 30 000 Mk. gekostet hat. Die Arbeiter sind eifriger als die Unternehmer, in deren Interesse das Gesetz geschaffen werden sollte. Nur unwillig gab der Zentralverband deutscher Industrieller dem Grafen v. Posadowsky 12 000 Mk. zur Agitation für das Gesetz. Aber diese Opferfreudigkeit hat nicht nur dazu beigetragen, den von der Regierung geführten Schlag gegen die Arbeiterorganisationen abzuwehren, sondern es ist die Organisation selbst dadurch gestärkt, wie die Mitgliederzunahme und Erhöhung der Finanzkraft der Gewerkschaften im Jahre 1899 zeigt. Die Arbeiter werden daraus erkennen, daß geschlossenes Handeln auch gegenüber dem mächtigsten Gegner Erfolg bringt.

Kassenbericht.

Den Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Generalkommission geben wir nicht in einer Zusammenstellung für die Zeit vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900, sondern in drei getrennten Abrechnungen. Es geschieht dies deshalb, weil diese Abrechnungen besonders revidiert und dem Gewerkschaftsausschuß zur Prüfung vorgelegt sind.

Die einzelnen Ausgabebelegen sind so spezialisiert, daß eine nähere Erläuterung derselben entbehrlich erscheint.

Agitation.

Die Agitationskommissionen in Ost- und Westpreußen, sowie in Oberschlesien, haben in der bisherigen Weise ihre Tätigkeit fortgesetzt und sind finanziell, wie sich aus der Abrechnung ergibt, wie auch sonst in jeder Beziehung seitens der Generalkommission unterstützt worden. Der Erfolg kann unter den fortdauernden Schwierigkeiten, welche der Agitation entgegenstehen, kein bedeutender sein. Jedenfalls steht er nicht im Verhältniß zu den angewandten Mitteln und Kräften. Treiben darf nicht etwa weniger als bisher, sondern es muß noch mehr geleistet werden. Dies wird dadurch geschehen, daß für die polnisch sprechenden Arbeiter ein Gewerkschaftsorgan in polnischer Sprache vom 1. April 1901 ab in Polen herausgegeben werden soll. Die Herausgabe ist von dem Gewerkschaftsausschuß beschlossen, nachdem seitens der Vorstände der Verbände festgestellt war, daß ein Bedürfnis für das Blatt bei elf Verbänden

„Herrgott, Michel, bist net d'rsoff'n!“
„Na, Hochwürden, deich grad net, aber zehn Schweine hab i, drei alte und sieben Ferkel. Hättst mi tiefer eini g'schmiss'n, hätt' i lauter alte fette!“

„Was isch, — tiefer?“
„Jo, wosch, Hochwürden, die fetten san halt alli unten in der Testen!“

Sakra, dachte der Pfarrer, der bei den Schweinen seine alte Häuserin ganz vergessen hatte, so a zehn, zwölf fette Schweine brauchet i auch! Und da er so deutlich Micheln, den er ins Wasser geworfen hatte, mitten unter leibhaftigen Schweinen sah, fuhr ihm der Gedanke durch den Kopf: Was ich Micheln getan habe, mag mir nun Michel thun. Val den also wegen seines üblen Vorhabens um christliche Verzeihung und schlug ihm vor, was er sich gedacht.

Michel kratzte sich hinter'm Ohr: „Ja, Hochwürden, wann i an Sack hätt' für Eure Dick'n!“

„Nächst halt mei' Bettuch g'lam, Michel!“ Und sie gingen miteinander ins Widdum, und Michel nähte den Pfarrer ins Bettuch. Dann nahm er ihn auf den Rücken. „Sakra, Hochwürden, Du bist sei schwaar! Da muß i an Tragerlohn ha'm!“ „Nimm Dir an Guld'zeitel aus b'm Strumpf. Aber nit mehra! Nicht alles nachgeßst!“

„Du wischst mi nimmer kontrollieren“, dachte sich Michel, nahm den ganzen Strumpf, huckte den Pfarrer auf, trug ihn an den Fluß, warf ihn hinein und rief: „Nebmt sich blos d'fettescht, Hochwürden!“

Dann ging er heim und zählte den Strumpf aus. Es waren 8379 Gulden und 13 Kreuzer.

vorhanden ist. Von den Herstellungskosten werden zwei Drittel von den direkt beteiligten Verbänden, ein Drittel seitens der Generalkommission getragen werden. Dauerlicherweise wird seitens der Leitung der polnischen sozialdemokratischen Partei die gewerkschaftliche Agitation nicht so unterstützt, als dies geschehen müßte. Die Agitation wird einzig und allein von dem Gesichtspunkte aus betrieben, die Lage der Arbeiter zu verbessern und auf eine endgültige Befreiung des Proletariats hinzuwirken. Die seitens der Generalkommission in Preußen und Posen für die Gewerkschaften angestellten Beamten erfreuen sich trotzdem der Feindschaft der mit der Agitation betrauten Leiter der sozialistisch-polnischen Bewegung, welche mit Unterstützung der deutschen sozialdemokratischen Partei das sozialdemokratische Blatt „Gazeta Robotnicza“ herausgeben. Ein Vorgang in Posen machte es notwendig, eine Besprechung mit dem polnischen Parteivorstande, sowie mit der Parteileitung herbeizuführen. Die Tatsachen, welche hierbei festgestellt wurden, sprachen sehr zu Ungunsten der polnischen Parteileitung. Es wurde in Aussicht genommen, die „Gazeta Robotnicza“ nach Posen zu verlegen und die Redaktion neu zu besetzen. Wäre dies geschehen, so wäre auch die Herausgabe des polnischen Gewerkschaftsblattes erleichtert worden. Leiter wollten die Leiter der polnischen Bewegung sich nicht darauf einlassen und sie sind auf dem besten Wege, der von den Gewerkschaften und der deutschen Parteileitung in den Bezirken mit polnisch sprechender Bevölkerung betriebenen Agitation entgegenzutreten. In einem von der polnischen Parteileitung herausgegebenen Flugblatt heißt es unter Anderem wörtlich:

„Die Agitation der einzelnen Personen, welche ausgesandt sind in die polnischen Provinzen und erhalten werden durch die deutsche Partei, hat augenscheinlich das Ziel, diese Organisationsbewegung zu Gunsten der deutschen Partei in sich aufzunehmen; sie streben, durch ihre Arbeit die Fühlung des polnischen Proletariats mit den übrigen polnischen Ländern zu zerreißen. Anders gesagt, haben die deutschen Genossen nichts gegen das „Selbstbestimmungsrecht“ im Verhältnis zu anderen Ländern, aber zu den Polen in Preußen sind sie doch anderer Meinung. Wir haben hier zu thun mit einer Art *Galatismus** in sozialistischer Ausgabe. Wenn auch offiziell internationale Sozialisten, werden sie doch zur Verwirklichung des polnischen sozialistischen Parteiprogramms, das heißt zur Unabhängigkeit Polens, eine Hand nicht anlegen, das bedeutet, daß die deutschen Genossen auf diesem Punkte mit uns nicht solidarisch sind.“

Weber den Gewerkschaften, noch der Parteileitung ist es niemals eingefallen, Germanisierungsversuche zu machen. Stets sind sie dafür eingetreten, daß jeder Mensch ein Recht auf seine Muttersprache hat, daß die Volkseigentümlichkeiten berücksichtigt und anerkannt werden müssen. Die Unterdrückten aller Länder haben in der modernen Arbeiterbewegung einen energischen Anwalt gefunden. Diese Arbeiterbewegung will aber nicht neue Staatsformationen schaffen, sondern ohne Rücksicht auf durch Gewalt künstlich geschaffene Landesgrenzen dem gesammten Proletariat eine höhere Lebenshaltung und endgültige Befreiung vom Joch des Kapitalismus bringen. Sie sieht nicht darnach, welcher Nation der ausbeutende Kapitalist oder der ausgebeutete Proletarier angehört, sondern bekämpft den Ersteren und sucht den Letzteren zu schützen, gleichviel, ob sie russischer oder japanischer Nationalität sind. Es ist also ein erbärmliches Unternehmen der polnischen Parteileitung, wenn sie einen Gegensatz zwischen dem polnisch und dem deutsch sprechenden Teil der Kämpfer für die Befreiung des Proletariats zu schaffen sucht und die Agitatoren der deutschen Arbeiterbewegung verdächtigt.

Diese Darstellung eines unliebsamen Vorkommnisses bezweckt, den Nachweis zu erbringen, daß nicht die Macht der Kapitalisten, nicht der Einfluß des Hassenthums und die Unterdrückungsbestrebungen seitens der Behörden in den polnischen Provinzen allein es sind, die den Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung hindern, sondern daß auch Personen, welche sich Sozialdemokraten nennen, die im Interesse der polnisch sprechenden Arbeiter absolut notwendigen Organisationsbestrebungen verdächtigen.

Erfreulicherweise hat, trotzdem in der Provinz Posen und besonders in der Stadt Posen die Gewerkschafts-

bewegung bedeutende Fortschritte gemacht. Ein demnächst erscheinender Jahresbericht des Posener Sekretariats wird des Näheren diesen Fortschritt der Bewegung ausweisen.

Wie in früheren Jahren, ist auch im letzten an einzelne Gewerkschaften Aufschuß zu größeren Agitationen gewährt worden. Ferner ist auf Kosten der Generalkommission eine Agitation unter den Arbeiterinnen des Bögittländischen Bezirkes unternommen worden. Außerdem sind für einzelne Orte und Bezirke besondere Flugblätter hergestellt und verbreitet worden. Im Uebrigen sind auf eine große Zahl von Anfragen, betreffend die Agitation, Anweisungen, besonders an die Gewerkschaftskartelle, gegeben.

Mit den Gewerkschaftskartellen stand die Generalkommission nach wie vorher in regem Verkehr und hat sich auch das gegenseitige Verhältnis, gestützt auf die Beschlüsse über die Gewerkschaftskartelle des letzten Gewerkschaftskongresses, sehr günstig und freundschaftlich gestaltet. Eine Ausnahme davon macht, wie bekannt, das Leipziger Gewerkschaftskartell. Die Vorgänge selbst sind bekannt. Dieses Kartell glaubte sich berechtigt, eine Neubildung der Beschlüsse des Dritten Gewerkschaftskongresses vornehmen zu können und eine von dem Kongreß anerkannte Organisation als nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend zu bezeichnen und dementsprechend zu behandeln. Andererseits anerkannte das Kartell eine Sonderorganisation, welcher der Gewerkschaftskongreß ausdrücklich und rücksichtslos die Anerkennung verweigerte. Alle gütlichen Vorstellungen seitens der Generalkommission blieben unbeachtet. Auch der Hinweis darauf, daß das Kartell nur seinen Statutenbestimmungen gemäß zu verfahren brauche, um den Streit aus der Welt zu schaffen, blieb unbeachtet. Die Liebe zu einer Sonderorganisation, welche ihren Daseinszweck in der Bekämpfung des gewerkschaftlich bewährten Buchdruckerverbandes sah, war so groß, daß man im Kartell vollständig übersah, welche unangenehmen Folgen die Anerkennung einer solchen Gegenorganisation haben müsse.

Die Folgen sind eingetreten. Ein in der Arbeiterbewegung unerhörter Skandal hat sich entwickelt. Eine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Gewerkschaft läßt in einem der sozialdemokratischen Partei gehörenden Geschäft seine Mitglieder zum Streit greifen. Die Gegenorganisation stellt die Streikbrecher und der Streikbruch wird von Gewerkschaften, die auch auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, als im Interesse der Partei liegend entschuldigt. Das ist der Fluch der bösen Tat. Wenn ein Gewerkschaftskartell, wenn ein sozialdemokratisches Blatt der Absplitterung in der Gewerkschaftsbewegung das Wort redet, so müssen die Dinge schließlich kommen, wie sie gekommen sind. Da die Einigungsverhandlungen zur Zeit noch schweben, so wollen wir uns mit diesen Ausführungen über die Sache begnügen. Die Generalkommission hat, als das Leipziger Gewerkschaftskartell nicht gemäß den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses handeln wollte, alle Beziehungen mit diesem Kartell abgebrochen. Die Auforderung an die Vorstände der Verbände, die Delegierten aus dem Leipziger Kartell zurückzuziehen, hatte geringen Erfolg. Ein direkter Einfluß steht den Vorständen nicht zu, weil die Delegierten zum Kartell in öffentlichen Versammlungen gewählt werden. Jedenfalls werden die Verbände, wenn der Streit in Leipzig nicht zu einem befriedigenden Abschluß kommt, zu entscheidender Stellungnahme genötigt sein.

Daß die Buchdrucker-Gewerkschaft und ihr Organ der Generalkommission die unlautersten Motive, so die Rücksicht auf die Beitragsleistung des Buchdruckerverbandes, für ihr Vorgehen nachsagte, ist bei dem Charakter dieser Organisation und ihres Organs selbstverständlich. Jeder Mensch pflegt ja bei den Handlungen Anderer dieselben Motive vorauszusetzen, die ihn selbst bei seinen Handlungen leiten. Daselbe trifft auch auf diejenigen zu, welche sich in der Rolle des Nachsetzers dieser Unterstellungen gefielen. Wenn je an einer Stelle, so war es gegenüber dem Leipziger Gewerkschaftskartell einfachste Verpflichtung der Generalkommission, so zu handeln, wie geschehen.

Statistik.

Die Generalkommission war bemüht, das Material, welches die Berufs- und Gewerbebezahlung von 1895 enthielt, den Gewerkschaften zugänglich zu machen. Es sind drei größere Auszüge aus den Ergebnissen dieser Zahlung gemacht und im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht worden. Eine weitere Zusammenstellung aus den Ergebnissen der Gewerbebezahlung ist in Bearbeitung. Die alljährlichen Statistiken über die Streiks und über den

Stand der Gewerkschaftsbewegung sind nach Möglichkeit verbessert worden.

Die Streitstatistik ist vollständig umgestaltet. Während bis zum Jahre 1900 die Materialien für die Statistik durch Umfrage am Jahresfluß gewonnen wurden, sind nunmehr die Einrichtungen so getroffen, daß fortlaufend in allen Gewerkschaften nach von der Generalkommission herausgegebenen Formularen die Statistik geführt wird. Diese Neueinrichtung verursachte der Generalkommission nicht unerhebliche Arbeit. Sie wird aber nicht nur ermöglicht, daß die Streitstatistik früher als in den vorhergehenden Jahren veröffentlicht werden kann, sondern es ist dadurch, daß nicht wie bisher summarisch, sondern über jeden einzelnen Streit berichtet wird, die Genauigkeit erhöht und die Vergleichbarkeit mit der amtlichen Streitstatistik gegeben.

Daß die amtliche Statistik diejenige der Gewerkschaften nicht etwa entbehrlieh macht, ist schon früher von uns betont worden. Es hat sich gezeigt, daß die Gewerkschaftsstatistik zur Kontrolle der amtlichen absolut notwendig ist. In dem amtlichen Bericht über die Streiks im Jahre 1899 ist zwar darauf verwiesen, daß die beiden Statistiken nicht miteinander vergleichbar sind, weil die Zählung seitens der Behörden nach Verwaltungsbezirken, seitens der Gewerkschaften aber nach Bezirken erfolgt. Ohne daß die Zählmethode der Gewerkschaften geändert zu werden braucht, wird sich für die Zukunft doch, wie schon angeführt, ein Vergleich ermöglichen. Dadurch wird dann wohl die ursprünglich vorhandene löbliche Absicht, aus der amtlichen Streitstatistik Material gegen die Gewerkschaften gewinnen zu können, endgültig schwinden. Vielleicht auch kommt man dann an maßgebender Stelle noch zu der Erkenntnis, daß untergeordnete Polizeiorgane nicht geeignet sind, die ersten Erhebungen über die Streiks zu machen, und schafft hier Wandel. Dann würde die amtliche Streitstatistik sich zu einem wertvollen Teil der Reichsstatistik entwickeln können. Die Gewerkschaftsstatistik ist deshalb zur Zeit wertvoller als je zuvor. Dessen sollten die Beamten der Gewerkschaften, welche als Leiter der Streiks die ersten Materialien an die Verbandsvorstände einzuliefern haben, eingedenk sein. Die ihnen zugemutete Arbeit ist nicht leicht und nicht gering, aber die Bedeutung, welche diese Arbeit für unsere Bewegung hat, muß die Beteiligten anspornen, ihre ganze Kraft der Sache zu widmen. (Schluß folgt.)

Verlangt nach Tarif bezahlt!

Welchen Erfolg das mannhafte Eintreten für die im Tarif festgesetzten Preise hat, zeigt folgender Fall, den wir dem „Vorwärts“ entnehmen:

Um die Auslegung einer Bestimmung des deutschen Buchbinderartikels drehte sich ein Rechtsstreit, den der Preßergolder B. gegen die Inhaber der Großbuchbinderei Wübben & Komp. angestrengt hatte. B. beanspruchte im Ganzen 15,20 Mk. rückständigen Akkordlohn. Im vorliegenden Rechtsstreit veranlaßte besondere Schwierigkeiten die Theilforderung von 10,39 Mk. Der Kläger hat eine große Auflage Altbuchbinder im Akkord gepreßt und Herr Wübben hat ihm jene 10,39 Mk. von dem Akkordverdienst abgezogen, indem er sich auf die Bestimmung des Buchbinderartikels bezog, wonach 12 1/2 Prozent vom Verdienst abzugelien sind, wenn die Auflage mehr als 5000 Stück beträgt und die Arbeit hintereinander gemacht wird. B. hat nun unstreitig die Arbeit öfter unterbrochen müssen, um andere Arbeit zu prägen. Er beanspruchte deshalb das Gld. Demgegenüber machte Herr Wübben geltend, das „hintereinander“ sei nicht ganz wörtlich zu nehmen. Der Sinn der fraglichen Tarifbestimmung sei, daß der Abzug der Prozente auch dann erfolgen solle, wenn die Fertigstellung der großen Auflage zuweilen durch andere Arbeiten derart unterbrochen werde, daß kein nennenswerter Zeitverlust entstehe. So sei das aber hier gewesen. Der Kläger trat dieser Auffassung entgegen und bestritt auch, daß ihn der Wechsel der Arbeit nicht aufgehalten habe. Der Aufenthalt sei im Gegentheil erheblich gewesen. In einem neuen Termin wurde der Buchbindermeister Probst, der Vorsitzende des hiesigen Tarifschiedsgerichts der Buchbinder und Buchbindermeister, als Sachverständiger darüber vernommen, wie die strittige Tarifbestimmung auszuliegen sei. Er sprach sich dahin aus: Wenn der Kläger sage, er habe die Altbuchbinder etwa 1200 — nicht hintereinander gepreßt, dann habe er ja nach dem Wortlaut recht. Es sei aber Usus, daß bei Auflagen von solcher Größe wie hier, andere Arbeiten, besonders während der flotten Geschäftszeit, zwischendurch gemacht würden. Manchmal sei es

* Das Wort *Galatismus*, gebildet aus den Anfangsbuchstaben der Gründer der „Germanisierungsgesellschaft“ (Gansemann, Kennemann, Liedemann), bedeutet nichts Anderes, als das Bestreben, gewaltsam die Polen zu germanisieren, ohne Berücksichtigung ihres Rechtes auf ihre Muttersprache und ihre Volkseigentümlichkeiten.

auch gar nicht anders denkbar. So sei denn auch die Tarifbestimmung sinngemäß auszulegen. Er (Probst) sei nun folgender Meinung: Wenn der Kläger in einem Tage 1200 Druck und im Ganzen mehr als 5000 Druck gemacht habe, dann müsse er sich den Prozentabzug von 12 1/2 Proz. gefallen lassen. Wenn Kläger hingegen nur, wie er behauptete, 800 Druck pro Tag gemacht habe, er also die reguläre tägliche Arbeitszeit von neun Stunden nicht fast ausschließlich mit diesen Drucken ausgefüllt habe, dann sei ein Prozentabzug nicht zulässig. Bei diesem seinem Gutachten sehe er voraus, daß die 1200 bzw. 800 Exemplare an dem einzelnen Tage hintereinander gemacht worden seien. Werde die Arbeit der 800 bzw. 1200 Exemplare unterbrochen, dann wäre seiner Meinung nach wenigstens für den Tag, wo die Unterbrechung stattfände, ein Abzug nicht zu machen. — Nach stundenlanger Verhandlung und längerer Beratung rief Gewerberichter Dr. Meier Herrn Wübben, die volle Klagesumme zu zahlen, und führte aus: Unter den beiden sachverständigen Beisitzern beständen Meinungsverschiedenheiten. Wäre aber eine Entscheidung notwendig, dann würde das Gericht als solches dem Kläger prinzipiell recht geben. Nach der Beweisüberhebung habe B. während des Arbeitstags die Prägung der Albumdeckel unterbrechen müssen, und sei dies wiederholt auch nur einmal im Tage und dann und wann zweimal im Tage gewesen, so liege eine Unterbrechung vor, welche dem tarifmäßigen Hintereinanderarbeiten widerspreche. Eine Majorität sei dafür zu Stande gekommen, daß der Prozentabzug nur in Frage kommen könne, wenn an der betreffenden Arbeit während des üblichen neunstündigen Arbeitstags unterbrochen geschäft werde. Durch andere Arbeiten, selbst wenn sie notwendig seien, dürfe sie nicht unterbrochen werden, oder aber der Abzug der Prozente müsse unterbleiben. Herr Wübben zahlte die Klagesumme an B. und dieser nahm die Klage zurück.

Vorstehende Entscheidung mag ein Ansporn sein für die Lauen und Jagdsten, ihr Recht: nach Tarif entlohnt zu werden, wenn nicht anders, gerichtlich geltend zu machen.

„Ein Musterbetrieb.“

In einer öffentlichen Versammlung, welche anlässlich des Ausstandes bei der Firma W. Rosenzweig in Köln stattfand, erklärte L. Rosenzweig junior mit erheblicher Stimme, daß der Betrieb, dessen Mitinhaber er sei, einen Musterbetrieb darstelle. Die Versammlung brach über diese Aeußerung seinerseits in große Heiterkeit aus. Bis heute ist es auch noch keinem Kollegen klar geworden, worin die Musterfähigkeit des Betriebs der Firma Rosenzweig bestehen sollte. Eina darin, daß die vorfindliche Arbeitszeit von elf Stunden in dem „Musterbetrieb“ herrscht, oder vielleicht im „humanen“ Umgang mit dem Personal?

In einer vorübergehenden Versammlung richtete ein Kollege schwere Anklagen gegen L. Rosenzweig. Einer sechzehnjährigen Arbeiterin gegenüber, welche die Stelle des erkrankten Dienstmädchens versah, hatte dieser sich schwere sittliche Beleidigungen zu Schulden kommen lassen. Der überwachende Polizeikommissar nahm eine Untersuchung der vorgebrachten Fälle vor. Der Vater des Mädchens stellte gleichzeitig Strafantrag gegen Rosenzweig. Am 29. Januar fand vor dem hiesigen Schöffengericht Verhandlung in dieser Angelegenheit statt. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte vor Eintritt in die Verhandlung, die Öffentlichkeit auszuschließen; das Gericht gab diesem Antrag Folge. Aus diesem Grunde ist es uns leider auch nicht möglich, ein Bild der Verhandlung zu geben. Der Angeklagte L. Rosenzweig wurde zu 30 Mk. Geldstrafe oder drei Tagen Gefängnis verurteilt wegen schwerer Kränkung der Geschäftsethre. Mildern wurde in Betracht gezogen, daß sich der Angeklagte der Tragweite der Beleidigung nicht in vollem Maße bewußt war.

Die Kölner Kollegen wünschen nichts sehnlicher als dasjenige: Möge uns der Himmel vor solchen „Musterbetrieben“ bewahren!

Portefeuiller contra Portefeuiller.

Wie die Kollegen aus Nr. 6 unserer Zeitung ersahen haben, hat es sich die neugegründete Portefeuiller-Gewerkschaft nicht nehmen lassen, gegen den Verband in einer Art und Weise vorzugehen, die jeden in die Sache eingeweihten Kollegen den Kopf schütteln läßt. Wenn ich nun auch die Meinung unserer Redaktion, die Plänkereien gegen uns mit Stillschweigen zu beant-

worten, vollkommen theile, so kann ich doch nicht umhin, den letzten Erguß der „Portefeuiller-Zeitung“, der sich mit unserer Versammlung vom 19. Januar befaßt, einer Kritik zu unterziehen; da ein Schweigen meinerseits von den Kollegen wohl als Feigheit ausgelegt würde, so sei mir dieselbe gestattet. —

Die „Portefeuiller-Zeitung“ schreibt also in ihrer Nummer 2 vom 2. Februar, daß sie „erstaut wäre über die Kourage, die ich besitze, indem ich mir erlaube, mich in einer Versammlung als Referent hinzustellen in einer Sache, von der ich keine blasse Ahnung habe“. Nun, was würde die Redaktion der „Portefeuiller-Zeitung“ sagen, wenn ich mich dahin äußerte, daß der Vorsitzende der Offenbacher Portefeuiller-Gewerkschaft, Gottlob Heller, keine blasse Ahnung von den Vorgängen in seiner eigenen Organisation hätte? Sie würde sich ausschütten vor Lachen, genau so, wie ich es gethan habe, denn das Material zu meinem Referat (wenn man die kurze Einleitung zu einer Diskussion überhaupt so nennen darf) hat der Vorsitzende der Portefeuiller-Gewerkschaft, Gottlob Heller, geliefert. Damit fällt auch die wenig geschmackvolle Bemerkung in sich zusammen, daß ich mir „aus gebrochenem Stroh einen Hopanz zurechtgestrichelt habe, den ich dann in Stücke gehauen hätte“. Was die weitere, auf demselben Niveau stehende Bemerkung betrifft, „ob denn die Leipziger Kollegen keinen anderen als diesen Herrn Frischke als Referenten für diese Sache gefunden hätten?“ so sei mir die Gegenfrage erlaubt, die, jetzt von mir gestellt, eine gewisse innere Berechtigung hat: „Finden denn die Offenbacher Kollegen in ihren eigenen Reihen keinen Anderen, der das verantwortungsvolle Amt eines Redakteurs weniger parteiisch, weniger gefällig aussagt, als diesen Herrn Steiner, einen der originellsten „Iwodel“, der mir je unter die Finger gekommen ist?“ Und weiter: „Warum greift man gerade meine Wenigkeit heraus, während doch, wie ja die „Portefeuiller-Zeitung“ selbst zugeben muß, sich alle Kollegen für den Buchbinderverband ausgesprochen haben?“ Wenn die Offenbacher die Urtheile ihrer eigenen Landsleute gehört hätten, die dieselben in besagter Versammlung abgegeben haben, ich glaube, die Schamröthe wäre ihnen ins Gesicht gestiegen. Nun noch ein Wort. Mit dem Bruch der Portefeuiller muß als mit einer vollendeten Thatsache geredet werden. Ist es aber durchaus notwendig, daß sich Verbändler und Gewerkschaftler als Feinde gegenüberstehen? Ich glaube, so ganz und gar Lust sind bei im Buchbinderverband organisierten Portefeuiller denn doch nicht, und wenn wir bei etwaigen Kämpfen zusammenstehen sollen, so ist es vor allen Dingen notwendig, eine Kampfweise einzustellen, die jeden Andersdenkenden in den Roth zieht.

Leipzig.

Paul Frischke.

Korrespondenzen.

Stuttgart. In der am 4. Februar abgehaltenen Versammlung erstatteten die Vertrauensleute aus den Werkstuben Bericht. Aus den von einzelnen Werkstuben gegebenen Berichten ist zu ersehen, daß wohl der festgesetzte Minimallohn mit Ausnahme von drei Werkstätten überall bezahlt, der Alfordtarif aber fast nirgends eingehalten wird. Die Prinzipale lassen nichts unversucht, um den ihnen so unangenehmen Alfordtarif zu umgehen. Wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen tarifmäßige Bezahlung verlangen, so fliegen sie ohne Weiteres einfach hinaus, oder sie erhalten den Bescheid (wie z. B. bei der Firma Weinberg), wenn Sie nicht im Verband wären, würde ich's Ihnen bezahlen; auch werden dort die Arbeiterinnen von einem Werkführer, welcher früher schon einmal im Geschäft tätig war und sich verschiedene unstatthafte Handlungen gegen die Arbeiterinnen erlaube, auf jegliche Weise chikanirt; alle Die, die sein früheres Verhalten kennen, sucht dieser Herr hinauszubringen. Auch die Firma Schwabe glaubt, einen Beitrag zum Kapitel der Unternehmerrücksichtslosigkeit liefern zu müssen, indem sie den Vorsitzenden der Zahlstelle aufs Pflaster setzt. Die Debatte förderte noch viele sonstige Mißstände zu Tage. Zum Schlusse wurde nachstehende Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die am 27. Januar 1901 im Saale des „Hirsch“ stattgefundene öffentliche Versammlung, sowie die heute den 4. Februar tagende öffentliche Mitgliederversammlung erwarten, daß in allen Geschäften, wo noch nicht tarifmäßig entlohnt wird, die Kollegen und Kolleginnen entschlossen darauf beharren, daß den Tarifbestimmungen entsprechend Bezahlung erfolgt, auch alle weiteren Vereinbarungen genau eingehalten werden. Die Versammlung spricht ihre Mißbilligung aus über das von ein-

zelnen Prinzipalen beliebte Verfahren, in der Organisation thätige und auf Einhaltung der Vereinbarungen hinwirkende Arbeiter und Arbeiterinnen unter nichtigen Vorwänden aus der Arbeit zu entlassen. Die Versammlung erwartet, daß auch alle diejenigen Prinzipale, welche es mit der Einhaltung des Tarifs und der sonstigen getroffenen Vereinbarungen aufrichtig meinen und denen es um die Erhaltung friedlicher Verhältnisse im Gewerbe zu thun ist, ihren Einfluß dahin geltend machen, daß weitere Verstöße gegen die Vereinbarungen und weitere Maßregelungen seitens ihrer Kollegen unterlassen werden. Die Versammlung erachtet es als eine ganz besondere Aufgabe der Organisation der Buchbinderbesten wie der Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen (Deutscher Buchbinderverband), auf genaue Einhaltung vorhandener und weiter zu schaffender Vereinbarungen streng zu wachen.“

— In der am 18. Februar stattgefundenen Versammlung stand unter Anderem die Wahl eines Tarifschiedsgerichts auf der Tagesordnung. Nach längerer Debatte wurde die seitherige Lohnkommission beauftragt, aus ihrer Mitte sechs Personen als Tarifschiedsrichter zu bestimmen; dieselben sind von einer der kommenden Versammlungen zu acceptiren. Das so gebildete Schiedsgericht hat sich den Prinzipalen vorzustellen und an diese das Ersuchen zu richten, nun auch ihrerseits sechs Herren zu bestimmen. In der Debatte wurde wiederum scharf getadelt, daß die Herren Prinzipale sich absolut zu Verhandlungen mit uns nicht herbeilassen. Die Ausrede, daß sie keine Zeit dazu hätten, mußten wir uns vor Weihnachten wohl oder übel gefallen lassen; jetzt ist sie aber absolut nicht mehr stichhaltig und wir können nur annehmen, daß die Herren nicht mit uns verhandeln wollen.

Nach Erledigung dieses Punktes wurde die Maßregelung unseres Vorsitzenden, Kollegen Schröder, bei der Firma Schwabe zur Sprache gebracht. Ein dort beschäftigter Kollege, der zufällig auch Schröder heißt und zuerst im Verdacht stand, Vorsitzender unserer Zahlstelle zu sein, wurde auf jegliche Weise zu chikanieren gesucht. Als nun aber durch irgend einen Wind die Firma Schwabe erfahren, daß nicht dieser, sondern der andere Kollege Schröder Vorsitzender unserer Zahlstelle ist, wurde bei diesem ein Grund gesucht, ihn aus der Arbeit zu entlassen. Ein solcher Grund war natürlich bald gefunden. Es wurde einfach erklärt, die Arbeit gehe zu Ende und auf Vorrath lasse man nicht arbeiten. Heute, nach kaum acht Tagen, steht aber schon wieder ein anderer Arbeiter an dem Platze unseres Kollegen Schröder.

Es liegt also nun klar auf der Hand, daß unser Kollege Schröder nicht wegen Mangel an Arbeit entlassen wurde, sondern daß es der Firma Schwabe leblich darum zu thun war, den Vorsitzenden unserer Zahlstelle aufs Pflaster zu setzen. Leider haben es die Gehilfen der Firma Schwabe, sowie der dortige Geschäftsausschuß nicht für nötig gefunden, für ihren Kollegen und Vorsitzenden unserer Zahlstelle einzutreten. Die Versammlung war jedoch allgemein über das Vorgehen der Firma Schwabe sehr entrüstet, was in nachstehender Resolution zum Ausdruck kam:

Die Zahlstelle Stuttgart des Deutschen Buchbinderverbandes ersucht die Partei-Buchhandlung, bei Vergeltung von Buchbinderarbeiten die Firma Schwabe nicht mehr zu beschäftigen, da dieselbe durch Maßregelung unseres Zahlstellen-Vorsitzenden die Organisation zu brüchen versucht.

Nürnberg. Am 16. Februar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Mitgliederversammlung ab, in der zunächst über das Resultat der Besprechung mit der Geschäftsleitung der hiesigen Parteidruckerei Bericht gegeben wurde. Es handelte sich nämlich darum, ob in der hiesigen Parteidruckerei nicht eine Buchbinderlei eingerichtet werden kann. Nachdem vom letzten Verbandstag beschlossen war, in allen Städten, in welchen Parteidruckereien bestehen, diesbezügliche Ermittlungen anzustellen, wurde uns auf Verlangen vom Kollegen Dietrich das Resultat derselben zugestellt. Auf Grund dessen wurde in unserer letzten Verwaltungssitzung eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche mit dem Leiter der hiesigen Parteidruckerei („Fränkische Tagespost“) über Einrichtung einer Buchbinderlei resp. Einstellung eines Buchbinders verhandeln sollte. Diese Kommission wurde nun bei Genossen Ebdow vorstellig. Es wurde genanntem Herrn berichtet, daß bereits in einigen Städten Buchbinder in Parteidruckereien beschäftigt sind; ob er nicht auch gewillt sei, in der hiesigen Parteidruckerei eine Buchbinderlei einzurichten resp. einen Buchbinder einzustellen. Diese Frage wurde abschlägig beantwortet, und zwar mit der Be-

gründung, daß für einen Buchbinder nicht immer Arbeit genug vorhanden sei, und wenn auch ab und zu solche vorhanden sein sollte, ein einziger Gehilfe nicht im Stande ist, dieselbe in einer solchen kurzen Zeit, wie dies oft verlangt wird, fertig zu stellen. Zweitens würden Arbeiten, welche außer Hause gemacht werden, billiger zu stehen kommen, als diejenigen, welche in der Druckerei durch einen Gehilfen angefertigt würden. Nun erlaubte sich die Kommission, darauf aufmerksam zu machen, daß dann wenigstens die Arbeiten an solche Firmen vergeben werden sollten, welche doch mindestens ihren Gehilfen einen anständigen Lohn zahlen. Dies wurde dann auch von Herrn Sidow gewissermaßen zugefagt, daß er wolle sich von einigen vorgeschlagenen Firmen die Preisliste einholen. Wenn dieselben dann mindestens so billig arbeiten wie die anderen, so sollen dieselben bei Vergabe von Arbeiten berücksichtigt werden. Diese Begründung kann nicht als stichhaltig betrachtet werden. Denn wenn ein Gehilfe nicht im Stande sein sollte, die Buchbinderarbeiten in der verlangten Zeit fertig zu stellen (dennach müssen es doch nicht so wenige sein, wie Herr Sidow angegeben hat), so haben wir hier immer einige arbeitslose Kollegen, welche oft froh wären, auch nur einige Tage zur Ausbesserung beschäftigt zu werden. Auch wissen wir genau, daß für den Verlag der „Fränkischen Tagespost“ oft drei Firmen beschäftigt sind. Wenn sich bei diesen die Arbeit wirklich so billig stellt, so wollen wir das gerne glauben, wenn wir die dort bestehenden Arbeitsbedingungen etwas näher betrachten. Mit Ausnahme der einen Firma sind die beiden anderen die schlechtesten, die wir hier zu verzeichnen haben. Beschäftigt sind bei denselben höchstens ein Gehilfe mit dem horrenden Wochenlohn von 14 Mk. bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden; dagegen werden zwei Lehrlinge beschäftigt. Ein Kollege, welcher bei einem dieser Herren Meister beschäftigt war, berichtet, daß bei diesem Hungerlohn auch noch große Ansprüche an die Leistungsfähigkeit gestellt werden. Wenn nun ein Parteiorgan, das selbst fast in jeder Nummer seine Leser auffordert, für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten, seine Arbeit an solche Firmen vergibt, dann steht das in krassem Widerspruch zu dem sonstigen Verhalten der Parteipresse. Ich erinnere hier nur an den Streit bei der Schuhfabrik Lach & Co. in Burg bei Magdeburg. Damals warnte die „Tagespost“ in jeder Nummer, von genannter Firma Waaren zu beziehen, weil dieselbe die als gerecht anerkannten Forderungen ihrer Arbeiter nicht bewilligte. Wollten wir aus diesem Vorgehen die Konsequenzen ziehen, dann müßten wir auch die Erzeugnisse der „Tagespost“ boykottieren. Auch verstehe ich nicht, wie Herr Sidow dazu kommt, zu sagen, wenn andere Firmen so billig arbeiten wie die bisherigen, dann sollen auch diese berücksichtigt werden. Ich frage nun: Wie kann ein Meister, der seinen Gehilfen keinen solchen Hungerlohn zahlt und der acht Stunden pro Woche weniger arbeiten läßt, mit solchen Firmen konkurrieren? Aber wir werden die Sache nicht so vorübergehen lassen und unsere Kollegen werden auch wissen, wie sie sich eventuell zu verhalten haben. Diejenigen Zahlstellen aber, in welchen Parteidruckereien bestehen, müssen diese Frage einmal energisch in Angriff nehmen. Folgende inzwischen eingelaufene Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung nimmt den Bericht der Kommission über das Resultat beifolgender Einrichtung einer Buchbinderei eventuell Einstellung eines Buchbinders in der Parteidruckerei mit größtem Bedauern zur Kenntnis, rügt das Verhalten der Leitung der Parteidruckerei und wünscht, daß alle organisierten Buchbinder ihre Konsequenzen daraus ziehen. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Versammlung sich nach einem anderen Lokal umzuschauen.

Frankfurt a. M. Am 4. Februar hielt die hiesige Zahlstelle ihre vierteljährliche Generalversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht vom Arbeitsnachweis und der Bibliothek. 3. Neuwahl des Vorstandes, sowie der Revisoren. 4. Verschiedenes. Der Geschäftsbericht des Kollegen Busch weist nach, daß wir in diesem Quartal gegenüber dem vorhergehenden eine Zunahme von Mitgliedern nicht zu verzeichnen hatten, trotz unserer im letzten Herbst stattgefundenen Lohnbewegung; obgleich eine große Zahl der uns noch fernstehenden Kollegen wesentliche Aufbesserungen erzielten, haben diese es aber trotzdem nicht für nötig gehalten, der Organisation beizutreten. Bedenkt man nun ferner, daß sich vor und während der Bewegung Elemente bei uns eingeschlichen haben, die nur ihren Vorteil aus der Bewegung ziehen wollten und nachher uns den Rücken kehrten, so ist es

leicht erklärlich, daß wir von einem Zuwachs der Zahlstelle nicht berichten können. Es sind 5 Kollegen zugereist, 14 aufgenommen, 18 abgereist. 9 wegen Resten ausgeschloffen worden, verbleibt am Schluß des vierten Quartals ein Bestand von 90 Mitgliedern gegen 104 am Schluß des dritten Quartals, mithin eine Abnahme von 14 Mitgliedern. Versammlungen fanden statt: 3 öffentliche, 2 Mitglieder- und 1 Generalversammlung mit durchgängig befriedigendem Besuch. Das Ergebnis unserer Lohnbewegung kann mit Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse als ein günstiges bezeichnet werden. Daß verschiedene Werkstätten nicht mit in Betracht gekommen sind, liegt nicht an den leitenden Personen, die keine Mühe und Ausgaben gescheut haben, sondern an der Interessenlosigkeit der dort beschäftigten Kollegen.

Dem Kassenbericht des Kollegen Dürr ist folgendes zu entnehmen. Die Einnahme der Verbandskasse betrug 460,05 Mk., die Ausgabe 137 Mk., an die Zentralverwaltung abgehandelt 323,05 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt mit Bestand vom vorigen Quartal 318,48 Mk., die Ausgabe 249,57 Mk., verbleibt mithin ein Bestand von 68,91 Mk. Auf Antrag wurde dem Kassier für gute Kassenführung einstimmig Deklaration erteilt. Aus dem Bericht des Arbeitsnachweisers geht hervor, daß von 18 gemeldeten Stellen 7 besetzt werden konnten, und von 14 sich arbeitslos meldenden Kollegen 7 Stellen erhielten. Die Bibliothek wurde von 31 Kollegen benutzt und entliehen dieselben insgesamt 76 Bücher. Zur Zeit umfaßt die Bibliothek 336 Bände.

Sodann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Die Wahl des Vorsitzenden entfiel auf den Kollegen Biermann, des Kassiers auf den Kollegen Mattheis und zum Schriftführer wurde Kollege Duenfing wieder gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Getrost und Weß, zu Revisoren Heller und Garnier gewählt. Hoffen wir nun, daß es dem neuen Vorstand nicht fehlen wird an der Unterstützung jedes Einzelnen, um so den weiteren Ausbau der Organisation zu fördern.

Unter Verschiedenem giebt Kollege Schaumburg bekannt, daß in aller nächster Zeit eine Führung durch das Städtische Kunstinstitut stattfinden wird und fordert zur regen Beteiligung auf. Nachdem noch einige Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Krefeld. Die am 10. Februar abgehaltene Generalversammlung hatte folgende Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Kartellbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Lohnkommissionsbericht. 5. Verschiedenes. Den Geschäftsbericht gab Kollege Brunen. Es wurden im vorliegenden Quartal abgehalten 1 Generalversammlung, 5 Mitgliederversammlungen, 8 Vorstandssitzungen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des dritten Quartals 77; im vierten Quartal ist derselbe wieder um ein Bedeutendes reduziert worden; ausgetreten sind 11 männliche und 6 weibliche, abgereist 5, eingetreten 1 männliches Mitglied, so daß wir jetzt auf einem Mitgliederbestand von insgesamt 54 Personen angelangt sind.

Den Kassenbericht giebt Kollege Ritters. Einnahmen für die Verbandskasse mit Bestand vom dritten Quartal 330,75 Mk., Ausgaben 104,53 Mk., an die Verbandskasse eingekassiert 151,22 Mk., am Orte behalten 75 Mk. — Einnahmen der Lokalkasse 52,48 Mk., Ausgaben 39,43 Mk., bleibt ein Bestand von 13,05 Mk. Dem Kassier wurde Deklaration erteilt. Den Kartellbericht gab Kollege Dölle. Der jetzige Vorstand setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Erster Vorsitzender Kollege Bauer, Kassier Ritters, Schriftführer Briden, Revisoren Jennes und Heinberg, Unterstützungsauszahler Brunen, Kartelldelegierte Brunen und Dölle.

Der Lohnkommissionsbericht, von Kollege Brunen gegeben, ist folgender: Es sind vier Punkte in der ersten Beratung aufgestellt worden: 1. Neunstundentag, 2. Abschaffung der Akkordarbeit, 3. Regelung des Lehrlingswesens, 4. Allgemeine Lohnerhöhung. Kollege Brunen unterzieht diese Punkte noch einer ausführlichen Begründung und stellt sie dann zur Diskussion. Kollege Jung: Wenn eine Lohnerhöhung eintreten soll, so müsse auch in erster Linie der weiblichen Arbeiter gedacht werden; dies sei aus dem Bericht der Kommission nicht zu ersehen. Die Lehrlingsfrage zu regeln sei eine schwierige Sache. Redner befürwortete dann noch, mit sofortigen Werkstättenversammlungen zu beginnen und sobald als möglich eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um so die Fernstehenden für den Verband zu gewinnen. Falls es zu einer Bewegung käme, müßte man mindestens

auf hundert Mitglieder blicken können. Kollege Bauer: Er hege starkes Bedenken, in der jetzigen, allgemein schlechten Geschäftssituation in eine Bewegung einzutreten; es müßten sich die Verhältnisse rapid ändern. Bei dem jetzigen Beitrag sei es auch höchst schwierig, neue Mitglieder zu gewinnen. Für die Lehrlingsfrage könne er sich nicht besonders erwärmen. Kollege Brunen: Er stimme der Ansicht des Kollegen Bauer bei, nicht eher in eine Bewegung einzutreten, bis ein besserer Geschäftsgang zu verzeichnen sei, so daß man einigermaßen die Garantie habe, unsere Forderungen durchsetzen zu können. Die Lehrlingsfrage aber sei von selbst geregelt, wenn die Akkordarbeit falle. Die Kommission werde sich weiteren Beratungen unterziehen.

Unter Verschiedenem machte Kollege Brunen noch bekannt, daß das Kartell eine Erhöhung der Beiträge beabsichtige; es stünde aber zu erwarten, daß die meisten Gewerkschaften dagegen protestieren würden; auch wir insbesondere müßten uns zu diesem ablehnend stellen, da es gewagt erscheine, unsere Mitglieder mit einem Mehr zu belasten.

Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Gelsenkirchen. Sonntag den 10. Februar hielt die hiesige Zahlstelle ihre vierteljährliche Generalversammlung ab, wozu ziemlich alle Kollegen anwesend, sowie auf unsere Einladung Kollege Carls aus Essen erschienen war.

In Folge bevorstehender Abreise unseres Bevollmächtigten Kollegen Schardt war wieder einmal die Wahl eines Vorstehenden nötig geworden. Da dieses Amt schon wiederholt zu Magregelungen geführt hat, so fand sich Niemand für diesen Posten und wurde Kollege Carls aus Essen vorgeschlagen; dieser erklärte jedoch, daß er vom Gauvorstand zum Vertrauensmann für Essen ernannt sei und daher könne er diesen Posten nicht gut verwalteten, außerdem würde es umständlich sein, der Vorstehende in Essen und der übrige Vorstand in Gelsenkirchen. Es soll nun eine Verschmelzung der Zahlstelle von Essen, da diese an Zahl ebenso stark ist wie in Gelsenkirchen, angestrebt werden und soll in einer Versammlung, die demnächst in Essen stattfinden soll, von den Mitgliedern beider Städte und vom Gauvorstand hierüber beschlossen werden.

Unter Punkt 2 nahmen wir Stellung zum Gautag, und wurde der Vorstand beauftragt, den Gauvorstand zu ersuchen, den Gautag in Düsseldorf abzuhalten, da Düsseldorf im Mittelpunkt der Zahlstellen des Gaus liegt und somit am besten zu erreichen ist. Ferner soll auf dem Gautag auf Wunsch mehrerer Kollegen beantragt werden, im Abwesenheitsverzeichniß auch das Verkehrslokal der Zahlstelle bekannt zu geben.

Nachdem noch verschiedenes erledigt war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Charlottenburg. Unsere Generalversammlung fand am 17. d. M. mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, sowie Jahresbericht. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Delegierten zum Gewerkschaftskartell. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Den Geschäftsbericht giebt Kollege Weß wie folgt: Mitgliederbestand zu Anfang des letzten Quartals 18 männliche und 9 weibliche, durch Neuaufnahme hinzu 2 männliche Mitglieder; ausgetreten und abgereist je 1 weibliches Mitglied, somit Bestand am Schluß des Quartals 20 männliche und 7 weibliche Mitglieder. Versammlungen fanden statt 1 General- und 2 Mitgliederversammlungen, welche theilweise schwach besucht waren; die letzte mußte wegen zu schwachen Besuchs ausfallen.

Der Bericht des Kassiers lautet folgendermaßen: Kassenbestand zu Anfang des Quartals 50,19 Mk., Einnahmen 45,18 Mk., Ausgaben 45,05 Mk., bleibt Bestand am Schluß des Quartals 50,32 Mk. An die Verbandskasse nach Stuttgart nach Abzug des Darlehens und der Unkosten für Bestellung der Fragebogen 60,42 Mk.

Die Wahlen zum Vorstand ergaben folgendes Resultat: Erster Vorsitzender Kollege Niebel, zweiter Vöter, Kassier Heusel, Schriftführer Hilbert, Revisoren Martini und Gutmann, Bibliothekar Ulbricht, Delegierte zum Gewerkschaftskartell Hubert und Weß. Der letztere Punkt erledigte sich durch kleinere innere Angelegenheiten.

Steglich. Mehrere Verbandskollegen der Neuen Photographischen Gesellschaft beschäftigten sich schon seit längerer Zeit mit dem Gedanken, in Steglich eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen. Nachdem sich diese Kollegen schon in kleineren Zusammenkünften darüber einig geworden waren, fand am Sonntag den 10. Fe-

bruar, Nachmittags 4 Uhr, eine öffentliche Buchbinder-versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag des Kollegen Paul Schneider. 2. Wie stellen sich die Kollegen zur Gründung einer Zahlstelle des Deutschen Buchbinderverbandes? 3. Verschiedenes. An Stelle des nicht erschienenen Kollegen Paul Schneider hielt Kollege Bytomski aus Berlin einen Vortrag über „Nutzen und Zweck des Verbandes“, in dem er besonders darauf hinwies, daß sich in den letzten Jahren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Gewerbe für die Gehilfenschaft schon ganz enorm verbessert hätten; so zum Beispiel sei der Minimallohn für Gehilfen in Berlin innerhalb sechs Jahren von 18 auf 24,30 Mk. gestiegen, und das Alles hätten die Kollegen einzig und allein ihrer Organisation, dem Deutschen Buchbinderverband, zu verdanken. Am Schlusse seiner kurzen, aber sehr gut gehaltenen Rede appellierte er an die anwesenden Nichtorganisierten, sich dem Verband anzuschließen. In der Diskussion äußerte sich Kollege Max Hoffmann in ähnlichem Sinne.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung begründet Kollege Gerber, warum die Mehrzahl der Steglicher Kollegen gewillt ist, eine eigene Zahlstelle zu gründen, und führte an, daß wir eigentlich schon nach unserem Verbandsstatut dazu verpflichtet sind, denn es seien schon circa 20 Mitglieder am Orte. Der Hauptgrund sei aber der, daß es den hier wohnenden Kollegen der Entfernung wegen beinahe unmöglich ist, in Berlin eine Versammlung zu besuchen, und dadurch komme mancher Kollege Jahre lang in keine Versammlung. Aber auch aus agitatorischen Gründen wäre es wünschenswert, wenn hier eine Zahlstelle gebildet werde. In Steglitz, sowie in anderen südwestlichen Vororten Berlins wohnen eine ganze Anzahl nichtorganisierter Kollegen und Kolleginnen, die, wenn hier eine Zahlstelle bestünde, leichter zu organisieren wären als von Berlin aus. Kollege Baer-Verein will den Steglitzer Kollegen das Recht, eine Zahlstelle zu bilden, nicht absprechen, hält es aber für zwecklos, da die Kollegen fast ausschließlich in einem Geschäft beschäftigt sind und andere Verbstuben wenig in Betracht kommen. Ebenso äußert sich Kollege Max Hoffmann; derselbe empfiehlt der Versammlung, lieber einen Vertrauensmann für Steglitz zu wählen, wie es häufig an anderen Orten, wo keine Zahlstellen bestehen, geschieht. Nachdem noch Kollege Reich gegen und die Kollegen Schmitz, Mauci und Gerber für Gründung einer Zahlstelle gesprochen, wurde mit 15 Stimmen für und 4 gegen die Gründung einer Zahlstelle beschlossen. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten und folgende Kollegen einstimmig gewählt: als Vorsitzender Joseph, Kassier Höhn, Schriftführer Mauci.

Kollege Rötzig schloß hierauf die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und die neue Zahlstelle Steglitz, in welches die Anwesenden begeistert mit einstimmten.

Nach der Versammlung wurde dann dem gemüthlichen Theil Rechnung getragen, an den sich ein solennes Tanzvergnügen angeschlossen, welches die Anwesenden noch einige fidele Stunden zusammen hielt.

Otto Wissing.

Hannover. Am 9. Februar hielt die hiesige Zahlstelle eine sehr gut besuchte Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Agitation. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Herrmann in üblicher Weise.

Kollege Güth erläuterte die zu ergreifenden Maßnahmen des Vorstandes betreffs Agitation. Er führt aus, daß durch weiteren Ausbau des Vertrauensmännersystems, sowie durch öfteres Abhalten von Verbstubenversammlungen unsere Sache bedeutend gefördert würde. Ganz besonders empfiehlt er eine regere Agitation unter den Arbeiterinnen. Kollege Goppert erklärt sich mit den Ausführungen einverstanden und bemerkt, daß bei genügender Ausdauer des Vorstandes ein guter Erfolg nicht ausbleiben würde. Sodann berichtet Kollege Güth über die Abrechnung des Arbeiterssekretariats. Aus derselben geht hervor, daß selbiges Institut finanziell sicher gestellt ist, trotz Austritt von drei Gewerkschaften. Kollege Stuckenbrock geht hierauf den Bericht vom Gewerkschaftsrath. Hieran schließt sich eine längere Diskussion über verschiedene gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Unter Verschiedenem werden die Mittel für einen zweiten Bibliotheksraum bewilligt. Hierauf wird noch die Neuwahl des Vergütungsausschusses vorgenommen und werden hierzu die Kollegen Fleckstein, Erle und Lehmann gewählt.

Gattermann.

Gingefandt.

In Düsseldorf ist es durch das höchst sonderbare Verhalten des Prinzipals zu Differenzen, die beinahe in Thätlichkeiten ausgeartet wären, zwischen ihm und dem Personal gekommen.

In der Eisfabrik von F. Köhler sind 4 Eisarbeiter und 3 Schreiner beschäftigt. Die Eisarbeiter und 1 Schreiner sind Verbandsmitglieder. Eines Tages, in der Mittagspause, wurde dem Schreiner von einem Eisarbeiter unter Verbandsorgane, die „Buchbinder-Zeitung“, überreicht, welche Frevelt hat dem sehr gestrengen Herrn Chef Veranlassung zu der Frage gab: „So, sind Sie auch im Verband?“ Auf die bejahnende Antwort von Seiten des Arbeiters erfolgte die Kündigung von Seiten des Prinzipals. Andern Tages wurde einer der Eisarbeiter dieserhalb bei Herrn Köhler vorstellig, was zur Folge hatte, daß dieser kurz darauf die Arbeit, und somit auch die gaslichen Räume des Herrn Köhler verließ. Nach dessen Fortgang erschien der Chef in der Werkstube und machte dem bereits gekündigten Schreiner Vorhaltungen, daß er ihn beim Antritt der Arbeit belogen habe, indem er die Frage, ob er irgend einem Verbandsangehörigen, verneint habe. Der betreffende Schreiner bestritt dies entschieden, worauf es zu so lebhaften gegenseitigen Auseinandersetzungen kam, daß der exzentrische Herr Köhler sich in kampfs- und schlaglustige Position stellte. Da der Schreiner nunmehr aber ebenfalls nicht faul war und sich anschickte, die „handgreifliche“ Behandlungsweise des Herrn K. eventuell erwidern zu wollen, nahm der sehr gestrenge Herr Chef von seinem Vorhaben Abstand.

Die Angelegenheit hatte als Nachspiel, daß nach einer vorausgegangenen Verbstubenversammlung die anderen Arbeiter ihre Kündigung einreichten.

An den Kollegen wird es nun liegen, dem „schlagfertigen“ Herrn durch Entziehung von Arbeitskräften zu zwingen, sich besserer Umgangsformen mit seinem Personal zu befleißigen, und dem Herrn zu beweisen, daß er sich nicht in die rein privaten Verhältnisse der bei ihm beschäftigten Arbeiter einzumischen habe, indem er diesen die Zugehörigkeit zum Verband verbieten möchte.

Etwas Engagement lasse man daher unberücksichtigt.

Rundschau.

* Die Lage des Arbeitsmarktes. Im Monat Januar hat die Arbeitslosigkeit einen Stand erreicht, wie er in der ganzen Zeit der niedergehenden Konjunktur noch nicht dagewesen war. An den deutschen Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung der von Dr. Jastrow herausgegebenen Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeliefert sind, drängten sich um 100 offene Stellen durchschnittlich 165,8 Arbeitsuchende (gegen 126,2 im Januar vorigen Jahres); während im ersten Monat des Vorjahres die Zahl der Beschäftigten in den Krankenkassen noch um 2,7 Prozent zunahm, ist sie diesmal um 1,5 Prozent zurückgegangen. Zu der Steigerung der Arbeitslosigkeit haben die außerordentliche Geschäftstillstände und die Unsicherheit auf dem Eisenmarkt am meisten beigetragen. Die Leblosigkeit des Geschäfts kommt in der Thatsache zum Ausdruck, daß in einem industriell so entwickelten Bezirk wie Duisburg der Güterzugsdienst schon ganz erheblich eingeschränkt werden muß. — Trotz der hochgradigen Ueberproduktion in der Zementindustrie werden noch immer neue Betriebe ins Leben gerufen. Daß diese mit ungemeinen Schwierigkeiten gleich zu Beginn ihrer Thätigkeit zu kämpfen haben, ist in der gegenwärtigen Zeit, wo die alten Betriebe um ihre Rundschaft zu kämpfen haben, nicht verwunderlich. Manche der neuen Betriebe gehen daher auch schon wieder ein, zum Teil noch ehe sie ihre Thätigkeit aufgenommen haben. So hat die Portland-Zementfabrik Bahlhude den Beschluß fassen müssen, ihren Betrieb einzustellen, und die Portland-Zementfabrik Gravenstein in Nord-schleswig ist noch vor ihrem Inbetriebtreten verkracht. Die Krise in der Zementindustrie beschränkt sich nicht nur auf Deutschland, sie erstreckt sich auch auf Oesterreich-Ungarn und die Schweiz. In letztgenanntem Lande ist es gelungen, ein Kartell zu Stande zu bringen, dessen Zweck ist, die gegenseitige Konkurrenz zu beseitigen. Nach Zeitungsmeldungen soll gleichzeitig zwischen den schweizerischen und süddeutschen Fabriken eine Verständigung dahin getroffen sein, den Export in die gegenseitigen Absatzgebiete zu unterlassen. Der schweizerische Export nach Deutschland ist größer als der deutsche nach der Schweiz und betrug sich 1899 auf 976 000 Frs. — Der Verein deutscher Spiegelglasfabriken in Köln

empfiehlt unter Hinweis auf die mißliche Lage der Spiegelglas-Industrie dringend eine ansehnliche Produktionsbeschränkung. Durch die Aufhebung des nur für ein Jahr abgeschlossenen internationalen und des belgischen Spiegelglas-Synbats seien ohnehin recht niedrige Verkaufspreise zu erwarten, und angesichts der technischen Verbesserungen und der Inbetriebsetzung der großen Fabrik in Porzellanbach bei Köln werde die deutsche Industrie nicht mehr als bisher auf die Ausfuhr angewiesen. Deutschland habe in den besten Jahren nie mehr als 650 000 Quadratmeter verbraucht, während seine Fabriken auf die zwieifelhafte Fläche angewiesen seien. — Die Produktion der Hochöfen wurde noch bis in dieses Jahr hinein ziemlich schlant von den Abnehmern aufgenommen. Nunmehr ist auch hierin ein Wandel eingetreten. Der Bedarf der Walzwerke bleibt weit hinter den Ankäufen zurück, in Folge dessen erfolgt die Abnahme nur langsam. Seit Mitte Januar sammeln sich daher Vorräthe auf den Hütten an, und immer näher rückt der Zeitpunkt, wo auch die Roheisenindustrie mit einer Einschränkung der Produktion einer Ueberzeugung vorbeugen muß. Schon jetzt verlautet, daß ein westfälischer Betrieb binnen Kurzem einen Hochofen niederlassen werde. Eine Einschränkung der Erzeugung an den Hochöfen würde etwa 35 000 Arbeiter, die sich auf circa 270 im Betrieb befindliche Hochöfen verteilen, treffen. — So lange die hohen Preise für Kohle, Koks und Roheisen aufrecht erhalten werden, ist an eine Besserung der Situation nicht zu denken. Nachdem der Hüttenverband seinerseits mit Preisnachlässen vorangegangen ist, wird die Preisherabsetzung von Roheisen immer dringender gefordert. Bis jetzt verhält sich das Roheisen-Synbat noch ablehnend. In den Verbraucherkreisen verlangt man eine Ermäßigung bis auf 70 Mark pro Tonne, wozu sich das Synbat wohl kaum entschließen dürfte. Das Mißverhältnis zwischen Rohstoff- und Fabrikpreisen führt in der Metall- und Maschinenindustrie zu Verlusten, die kleinere Betriebe nicht zu überwinden vermögen. Die Eisenwalzwerke L. Mannsfeld & Komp., Aktiengesellschaft, haben zum Beispiel für die zweite Hälfte des Jahres 1900 einen ungünstigen Abschluß zu verzeichnen, da sie ihren Jahresbedarf an Halbzeug im Juli zu den damaligen hohen Preisen eingebracht hatte. Auf welcher Preisgrundlage sich das künftige Geschäft entwickeln wird, und welche Verluste dem Unternehmen noch erwachsen werden, läßt sich vorläufig noch nicht absehen. Von der Entwicklung des Eisenmarktes hängt nach dem Urtheil der genannten Zeitschrift die weitere Gestaltung der Krise auf dem Arbeitsmarkt im Wesentlichen ab. — Vom Arbeitsmarkt werden Betriebseinschränkungen, Entlassungen und Lohnreduktionen gemeldet. Auf der Katharinenbütte, die zur Aktiengesellschaft Vereinigte Königs- und Laurahütte gehört, sind die Aufträge schon so zurückgegangen, daß wöchentlich nur noch vier Schichten gearbeitet wird. Auf der Dortmunder Union tritt am 15. Februar eine Lohnliste in Kraft, nach welcher die Löhne der Arbeiter in den verschiedenen Betrieben neu geregelt werden. Die Löhne stellen sich gegen die bisherigen um 10—25 Prozent niedriger. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ fügt dieser Meldung hinzu, daß wahrscheinlich andere Werke dem Beispiel der Union in Kürze folgen und die gebotene Gelegenheit ausnützen würden. Günstig liegen die Beschäftigungsverhältnisse nur noch in Ausnahmefällen, wenn z. B. eine bringende Bestellung zu erledigen ist. So hat die Direktion der Königin-Marienhütte in Cainsdorf den Arbeitern der Brückenbauabtheilung durch Aufschlag bekannt geben können, daß Bestellungen auf ca. 24 000 Tonnen Brückeneisen eingegangen seien. Die Arbeiter werden aufgefordert, pünktlich zur Arbeit zu erscheinen. In der Elektrizitätsindustrie kommt der Rückgang in der starken Betriebseinschränkung der Aron-schen Elektrizitätsfabrik in Schweidnitz zum scharfen Ausdruck. Seit 5. Februar wird statt 10 Stunden nur noch 6 1/2 bis auf Weiteres gearbeitet. Die Zahl der beschäftigten Personen beträgt 300. — Die verzweifelte Lage des Inlandmarktes wird durch die trüben Ausichten des Exports noch verschärft. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten liegt das Eisengeschäft überall darnieder. Rußland geht geradezu darauf aus, die Einfuhr, besonders aus Deutschland, möglichst zu erschweren. Auf der Konferenz der russischen Eisenindustriellen in Petersburg erklärten sich die Vertreter bereit, die russische Eisenindustrie, insofern es sich nur um die Aufrechterhaltung des bisherigen Betriebes und nicht um Erzielung höherer Gewinne handelt, durch Ertheilung größerer Aufträge zu unterstützen. Die Konferenz ersuchte die Regierung, im Ausland keine Bestellungen zu machen und forderte die Eisenbahnverwaltung auf, die Frachten in der Richtung

von den Häfen nach dem Innern Russlands zu erhöhen, dagegen in umgekehrter Richtung zu ermäßigen. Außerdem soll die Reichsbank den Establishments Vorstüsse auf Lager- und Frachtfreie, sowie auf Beförderungsbefreiungen für die Regierung in ausgedehnterem Maße als bisher gewähren. Die russischen Eisenindustriellen sind diesen Beschlüssen nach selbst gesonnen, ihrerseits den Export aufzunehmen, jedenfalls aber dem Ausland den Zugang zu erschweren.

Fragekasten.

Welche Kartonfabriken liefern den besten echten Spielfartenkarton? Derselbe muß zweimal kaschirt und den anderen im Umlauf befindlichen Spielfarten gleichbedeutend sein.

Antwort

auf die in Nr. 5 gestellte Frage.

Um Abziehbilder auf Glas zu übertragen, reinigt man den Glasgegenstand sorgfältig, überzieht denselben schwach mit in Terpentin oder Leinöl aufgelöstem Kopalad, läßt den Lack verdunsten, bis die Oberfläche stark klebrig ist, und drückt das Bild fest und glatt an, am besten mit einer Gummiwalze. Mit einem nassen Schwamm wird hierauf die Rückseite des Bildes so lange befeuchtet, bis das Papier ganz vom Wasser durchdrungen ist; dann hebt man behutsam eine Ecke in die Höhe, um zu sehen, ob sich das Bild vollständig vom Papier getrennt hat. Ist alles gut abgezogen, so spritzt man in einem feinen Regen Wasser auf den Gegenstand, um das Gummi ganz zu beseitigen, jedoch nicht heiß, und überzieht schließlich das Bild vorsichtig mit Kopalad. (Diamant.)

Literarisches.

Für Gewerkschaften, Vereine und die Arbeiter überhaupt hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, soeben eine Sammlung: **Willige Führer durch die Arbeiter-versicherungsgesetze** erscheinen lassen, und zwar je einen Führer durch das a) Invaliden-, b) Gewerbeunfall-, c) Bauunfall- und d) Forst- und Landwirtschafsunfall-Versicherungsgesetz. Jedes Heft kostet 25 Pf., enthält ausführliches Sachregister, Musterformulare, und empfiehlt sich den Arbeitern um deswillen, weil der ganze Inhalt des Gesetzes nicht paragraphenweise hergeköpft, sondern nach der Materie populär zusammengefaßt ist, so daß der Arbeiter sofort sich Rath holen kann. Bei der finanziellen Wichtigkeit dieser Gesetzesmaterie ist eine genaue Kenntnis der Rechte und Pflichten für jeden Arbeiter unerlässlich.

Jean Jaures und Jules Guesde, Zum Bruderschwitz in Frankreich. Zwei Reden über die Taktik der Sozialdemokratie, gehalten zu Lille am 27. November 1900. Uebersetzt von Dr. Albert Südekum. Verlag der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden. 32 Seiten 8°. Preis 30 Pf.

Im Verlag von J. F. W. Dieß Nachf., Stuttgart, ist soeben zur Ausgabe gelangt Heft 10 und 11 des reichillustrierten Werkes **Das hungende Rußland**. Reiseeindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. L. Lehmann und Barvov.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Von Samara bis Simbirsk auf der Wolga. — Das Dorf Archangelskoje. — Simbirsk. — Statistik der Hungersnoth 1898. — Die Gesehmigkeit der russischen Wägen. — Die gesunden Verhältnisse im Hungergebiet. — Außerdem enthält Heft 11 eine Karte der Hungersnothgebiete von 1898 im europäischen Rußland.

Im Verlag von J. F. W. Dieß Nachf., Stuttgart, ist soeben erschienen Heft 17 und 18 des Vierungsvorles: **Gesundheitslehre in Staat, Gemeinde und Familie**, herausgegeben unter Mitwirkung von Vögten und Fachgelehrten von Emanuel Burm.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Wohnungsfrage. — Die Ernährungs- und Verdauungsorgane. — Die Verdauung und ihre Pflege. — Zahns, Mund- und Rachenkrankheiten. — Magen- und Darmkrankheiten. — Bauchfell- und Leberkrankheiten. — Stoffwechselstörungen. — Die Harnorgane.

„In freien Stunden“, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk, in Wochenheften à 10 Pf. Die Lieferungen 2 bis 6 enthalten die Fortsetzung des Romans „Dombey und Sohn“ von Charles Dickens und „Hanna“, Roman von H. Sinikiewicz. Die Illustrationen zu Dombey sind ganz dem Charakter des Romans angemessen und spiegeln mit verständnisvoller Treue das englische Leben aus der Mitte des Jahrhunderts wieder. Das jetzt dem Texte beigelegte kleine Feuilleton enthält Skizzen, Novellen und kleine Notizen unter „Des und Jenes“ und „Witz und Scherz“.

Briefkasten.

In nächster Nummer erscheint das Adressenverzeichnis. Fr. L. in B. Bei Einlieferungen an uns müssen Sie schon mit Ihrem vollen Namen ranschriften. Wir möchten Ihnen aber trotzdem raten, von einer Veröffentlichung vorläufig abzugehen. Die Sache ist entschieden wirkungs-voller, wenn wir die später stattfindende gerichtliche Verhandlung bringen. Sollten Sie selbst nicht in der Lage

sein, einen Bericht darüber uns zugehen lassen zu können, so wenden Sie sich nur, bitte, an die Ortsverwaltung in Berlin, die wird sicher dafür Sorge tragen.

O. W. in St. Der Bericht gelangte am Mittwoch Nachmittag in unsere Hände, also zu einer Zeit, wo die Zeitung sich schon im Druck befindet.

R. R. in C. Als Feuilleton verwenden zu können, dazu fehlt doch noch an der Form.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Konstanz: E. Kiesel, Quellingstraße 3 II.
Offenbach a. M.: E. Kaulick, Ziegelstraße 13 II.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszähler.

Bielefeld. Z. Wilhelm Bonagay, Brüderstraße 15; von Morgens 8 bis 7 Uhr Abends. Sonntags von 12—1 Uhr bei R. Fischer, Bürgerweg 75 I. (Auch lokale Unterstützung.) Ml. 16 Mf. Az. 9/2 und 10 St.

An die Zahlstellen des X. Gaues!

Nach der in letzter Nummer erfolgten Bekanntmachung des X. Gaues, betreffs Abhaltung des Gaus-tages am 17. März, machen wir die Zahlstellen des betreffenden Gaues nochmals darauf aufmerksam, uns frühzeitig mitzutheilen, mit welchem Zug die Delegierten hier eintreffen, ebenso die Bestellung für das Mittag-essen rechtzeitig an uns ergeben zu lassen.

Anmeldungen sind zu richten an Kollege
Jos. Haußwald,
Düsseldorf-Flingern, Birkenstraße 5 III.

Anzeigen.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch den 27. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Allee 15

Mitglieder-Versammlung.

97] Tagesordnung: [5.40

1. Vortrag des Ingenieurs Herrn Grempe über: „Schwebelbahnen und andere moderne Verkehrsmittel.“
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

10] In der Restauration von Wahldorf, Barnim-strasse 13, befindet sich eine Zahlstelle, wo jeden Sonntag Vormittag von 10—12 Uhr Beiträge, sowie Aufnahmen entgegengenommen werden.

Sonnabend den 23. März

Feier des XIV. Stiftungsfestes

in Kellers Festsälen, Koppstr. 29

— Großes —

Vokal- und Instrumental-Konzert

ausgeführt vom Neuen Berliner Konzert-Orchester.

Dirigent: Herr Rud. Fick.

Festrede,

gehalten vom Reichstagsabgeordneten W. Feine.

Rezitationen:

Oberregisseur Herr Friedrich Moeft.

Aufführung von zwei lebenden Bildern.

Nach dem Konzert:

Grosser Ball in beiden Sälen.

Herrn, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Billet 25 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.

Billets sind von heute ab in sämtlichen Zahlstellen, bei den Werkstabenvertrauenspersonen, sowie im Bureau, Engel-Allee 15, zu haben.

Um regen Vertrieb der Billets ersucht

Die Ortsverwaltung.

Herausgegeben vom Verband durch A. Dietrich, Stuttgart.

Verantwortl. Redakteur: Georg Schmidt, Sophienstr. 10 I. — Druck von J. F. W. Dieß Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.

Nachruf!

Unter starker Theilnehmung der Stuttgarter Kollegenchaft wurde am Sonntag den 10. Januar unser Kollege

[2.00

Gustav Rothe aus Rendnik

in Neckarrens beerdigt. Wir verlieren in demselben ein seit vielen Jahren treues Mitglied des Deutschen Buchbinderverbandes und einen ruhigen, aufrichtigen Freund und Geschäftskollegen.

Ehre seinem Andenten!

Das Personal der Buchbinderei der Union

99]

in Stuttgart.

Unserem lieben Freund „August“ einen [0.60

„Herzlichen Scheidegruß.“

98] Die Kollegen der Künstlerbude Stuttgart.

Kollege H. Strahm

aus Waldkirch (Baden), Buchnummer 21762, wird er-sucht, seine Adresse an unterfertigte Zahlstelle einzuliefern, ebenso werden alle Kollegen gebeten, welche über den Aufenthalt des Genannten Aufschluß geben können, die Unterzeichnete davon zu benachrichtigen. [0.90

100] Zahlstelle Gmünd (Schwäb.).

Tüchtiger Kartonnagenarbeiter,

der im Mustermachen, sowie in sämtlichen vorkommenden Arbeiten bewandert ist und selbständig arbeiten kann, wird zum sofortigen Eintritt gesucht. [1.60

Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten unter Chiffre S. N. 1144 an die Expedition dieses Blattes.

Ich suche noch einen tüchtigen [1.80

Schrägschnittmacher

geübt in Gold- und Bierschnitt dauernd gegen hohen Lohn.

Jean Venherm,

102a] Düsseldorf a. Rhein.

Leipzig. Restaurant & Gutenberg,

Johannissasse 19/21.

Empfehle meine neuerbauten Lokalküche mit Saal- und Gesellschaftszimmer werthen Vereinen und Gesell-schaften zur gefälligen Benutzung. [2.00

Speisen und Getränke in bekannter Güte.

103] J. Rohm.

Kollegen zum Mitbewohnen eines sauberen und freundlich möblirten Zimmers sucht [0.50

104] L. v. Bezorowski

Berlin, Großbeerenstraße 19.

Der neue

Lohntarif

für Buchbinder-Arbeiten

(Minimaltarif)

wird an Verbandsmitglieder zum Preise von 75 Pf. (ein-schließlich Porto und Verpackungskosten) abgegeben.

Preis für Nichtmitglieder 2 Ml.

Die Sonderausgabe für Arbeiterinnen ist zum Preise von 30 Pf. für Verbandsmitglieder und 50 Pf. für Nicht-mitglieder zu haben bei Max Walter, Leipzig-Anger, Weißburgstr. 18 II, im Verbandsbureau, Stuttgart, Sophienstraße 10, und bei Alb. Bergmann, Berlin, Bureau, Engel-Allee 15. Dasselbst wird auch der Berliner Mädchentarif abgegeben.

Warnung.

Buchbinder (Vorarbeiter etc.), Kartonnarbeiter (Zu-schneider) werden vor Stellungnahme bei der Firma Josef Krieger, Paul Salomons Nachfolger, gewarnt, da Differenzen eingetreten sind, und werden auf Stellung reflektierende Kollegen an die hiesige Zahlstelle verwiesen.

Zahlstelle Gmünd (Schwäb.).